

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelter Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephon 785.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 5. März 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Das Räudelbuch. — Der Arbeiterschutz in der Steinindustrie Badens. I. — Aus Wildemann am Herz. — Neues vom Kolonial-Marmorriegelschlag. — Zum nächsten Verbandstag. — Korrespondenzen. — Die Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Proletariat, werde hart! — Die Steinindustrie in der Oberlausitz. — Cantonierung des 4. Gaus. — Das Krankenversicherungswesen. — Literarisches. — Feuilleton: Die Lungentuberkulose der Proletarier. — Worte Debels.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: In Kassel die Firma Holzmann. — In Nürnberg das Marmorwerk Freitag. — In Stiebitz bei Baugen das Plastersteinwerk Zachmann. — In Dresden das Granitwerk Reil & Co.

Söbün. Herr Georg Bauer hat seinen Revers wieder zurückgezogen. Wie lange wird es dauern und er bietet uns wieder Reduzierungen an. Zugang ist zu meiden.

Metten. Die Tariffdifferenzen haben sich zu unseren Gunsten erledigt.

Wildemann. Die Plasterstein- und Klarschlagschläger der Firma Stegheim stehen im Streit. Zugang nach den Betrieben Adlersberg und Einersberg ist streng fernzuhalten. Siegfried bietet alles auf, um Arbeitswillige anzumerben.

Baldwinstein. Die Marmorarbeiter der Firma Krebs traten wegen der Mahregelung organisierter Kollegen am 1. Februar in den Streit. Kress glaubt, mit seiner Taktik unseren Verband im Lohnstreik unmöglich machen zu können.

Eichershausen. Die Dolomit- und Kalksteinwerke Holz sind wegen Lohnreduktion gesperrt. Die Firma versucht fremde Arbeiter anzumerben.

Kirchheim. Im Schillingischen Betrieb stellten vorige Woche etwa 100 Mann die Arbeit ein. Der Gewerberat aus Würzburg griff vermittelnd ein. Die Firma sagte zu, daß vor dem Ausbäumen die Akkordfrage bekanntgegeben werden.

Schlesischer Sandsteinindustrie. Die Steinmehlen und Brecher haben den Tarif gekündigt. Die Unternehmer sandten nun an die Bunzlauer Kollegen ein Schreiben, worin betont wird, daß die Steinarbeiter die Tarifkündigung zurücknehmen sollen, weil die schlesische Sandsteinindustrie eine Lohnerhöhung nicht mehr vertragen könne. — Arbeiterentlassungen sind bereits vorgenommen worden. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Alagen (Westfalen). Die Firma Dassel nahm bedeutende Lohnreduktionen vor. Die ganze Kampfweise richtet sich gegen die Mitglieder unseres Verbandes.

Regensburg. Bei der Firma Lochner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Berlin. Die Sandstein- und Marmorarbeiter stehen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Oesterreich. Zugang ist nach folgenden Orten fernzuhalten: Oßegg, Höhelsdorf, Thumeritz, Klöding, Pulgarn, Schwertberg, Klagenfurt, Budapest und Temesvár.

Das Räudelbuch.

„Und ob der Teufel reagiert
Mit Huf und Horn und allem —
Trotz alledem und alledem,
Trotz Dummheit, List und alledem,
Wir wissen doch, die Menschlichkeit
Behält den Stieg trotz alledem.“
Freiligrath.

Vor einigen Tagen hielt der Minister Delbrück im Reichstage eine Rede, wobei er seiner Meinung Ausdruck gab, daß es trotz aller Sozialpolitik in Deutschland nicht gelungen ist, die tiefe Kluft zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken. Hier ist also, von einem Minister der so oft beirrte Klassenkampf unumwunden zugegeben, wenn auch nur in verflauselter Form.

Wenn wir nun trotz alledem heute mehr denn je von einer Verständigung, oder, im Sinne des Ministers Delbrück zu sprechen, von einer Überbrückung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit entfernt sind, so liegt das nicht an den Gewerkschaften, sondern daran, daß das Unternehmertum und seine Scharfmacher das Menschenmögliche tun, um eine Verständigung unmöglich

zu machen. Ja, wir sehen sogar, wie heute die Ideologie der christlichen Gewerkschaften immer mehr in die Brüche geht und wie diese Gewerkschaften, die vordem den Klassenkampf leugerten, heute immer mehr in den Klassenkampf mit hineingerissen werden. Man will eben auf jener Seite keine Verständigung, sondern die brutale uneingeschränkte Niederknüppelung der Arbeiter und ihrer Organisationen. Und die Regierung und ihre Organe leisten den Scharfmachern dabei treue Helferdienste. Nur der einfache Hinweis auf Mansfeld, wo auf einen leisen Wink des Generaldirektors Vogelgang die heilige Dreieinigkeit: Infanterie, Artillerie und Kavallerie gegen Arbeiter in Bewegung gesetzt wurde, genügt, um unsre Machthaber zu kennzeichnen.

Das schlimmste aber, was die Scharfmacher gegen die Arbeiter anwenden, sind die schwarzen Listen und die Unternehmerarbeitsnachweise. Mit Hilfe dieser teuflischen Einrichtungen werden die besten Kämpfer der Gewerkschaften von der Arbeit ausgeschlossen, brotlos gemacht und von Ort zu Ort gehetzt.

Eine schwarze Liste und einen eigenartigen Arbeitsnachweis haben sich auch die vereinigten Steinbruchbesitzer von Striegau und Umgegend G. m. b. H. nach dem im Juli v. J. abgebrochenen Streit zugelegt. Diese Gesellschaft, welche im April 1909 zur Niederknüppelung der Arbeiter gegründet wurde, veröffentlicht in der Nr. 7 des „Deutschen Steinbildhauers“ ihren Jahresbericht. Dieser Jahresbericht ist ein so interessantes Dokument und enthält außerdem so viele Unrichtigkeiten, daß er nicht unwidersprochen bleiben darf und an dieser Stelle unter die Lupe genommen werden muß. Eingeleitet wird der Bericht gleich mit einer faulstidigen Unwahrheit. Es heißt dort nämlich, die Gesellschaft sei gegründet zur gemeinsamen Abwehr der Forderungen, welche die Organisation der Steinarbeiter gestellt habe. Die Organisation der Steinarbeiter hat nicht die geringste Forderung gestellt. Im Gegenteil. Von dem Gedanken ausgehend, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht danach waren, Lohnforderungen zu stellen, beschloßen die Arbeiter durch eine Urabstimmung, feinerlei Forderungen an die Unternehmer zu stellen, sondern nur das Weiterbestehen des Tarifs im Auge zu behalten. Das Stimmverhältnis war 880 zu 20.

Nach am Tage der Abstimmung kam von den Unternehmern die Kündigung des Tarifs und die Mitteilung, daß sie einen fünfprozentigen Lohnabzug beabsichtigten. Alle Versuche, eine Unterhandlung mit den Unternehmern herbeizuführen, scheiterten. Rücksichtslos wurde jeder Versuch abgewiesen.

Frägt man sich nun, was eigentlich die Vereinigung bestimmt, eine solche Unwahrheit aufzustellen, so kommt man zu dem Schluß, daß dies nur den Zweck hat, die Arbeiter als die Angreifer hinzustellen, um so die schärfsten Maßnahmen zu rechtfertigen, welche die Vereinigung im Laufe des Winters und auch jetzt noch gegen ihre Arbeiter anwandte.

Sofort nach Beendigung des Streiks wurden ungefähr 30-40 Arbeiter nicht mehr eingestellt. Von diesen Gemahregelten wurde eine Liste aufgestellt und diese Liste an die einzelnen Unternehmer verandt. Keiner der Gemahregelten erhielt Arbeit. Und wo es wirklich einem gelang, solche zu erhalten, wurde er sofort auf Betreiben des früheren Arbeitgebers wieder entlassen. Der Unternehmer Barisch bewirkte sogar durch eine strafbare Handlung die Entlassung eines Arbeiters, der bei den Kanalarbeiten untergekommen war. Einige der „Geschädigten“ sind heute noch, nach dreierhalb Jahren, gänzlich brotlos. Zwei von ihnen hatten beim Unternehmer Franz Rhoder Arbeit erhalten. Zufällig erfuhr Herr Barisch, daß ein von ihm Gemahregelter bei Rhoder arbeite, und sofort wandte sich Herr Barisch an Rhoder, die Leute zu entlassen. Dieser kam dem Wunsche bereitwilligst nach. Als der eine Kollege fragte, weshalb er denn entlassen würde, antwortete Herr Rhoder: „Sie sind ein tüchtiger Arbeiter, ich würde Sie auch gern behalten, aber Sie stehen im Räudelbuch!“ Damit meinte Herr Rhoder die schwarze Liste. Die Striegauer Unternehmer haben also eine ganz neue Art schwarzer Listen erfunden.

Als unser Verbandsvorsitzender Starke im vorigen Jahre bei dem Geschäftsführer der Vereinigung, Herrn Heidrich, sprach und um eine Verhandlung nachsuchte, da regte sich dieser Herr gewaltig auf, weil wir Herrn Rhoders miserablen Betriebsbedingungen kritisiert haben. Er meinte, es sei unerhört, einen Ehrenmann wie Rhoder in solcher Weise anzugreifen. Ist das nun die so bewunderte Ehrentätigkeit des Herrn Rhoder, daß er einem Arbeiter ins Gesicht sagt: „Sie sind zwar ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter, aber ich muß Sie auf die Strafe werfen, weil Sie im Räudelbuch stehen!“

Sozialpolitisch veranlagte Leute glauben, daß es Herrn Rhoders Pflicht gewesen wäre, diesen tüchtigen Arbeiter aus dem „Räudelbuch“ herauszubringen. Aber da liegt ja eben der Haken im Pfeffer. Nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch innerhalb der moralischen und sittlichen Anschauungen der Menschheit besteht heute eine große unüberbrückbare Kluft. Dies ist nichts Vermunderliches, sondern ganz erklärlich für den, der weiß, daß unsre Moral und Sitte bestimmt wird von unsern Klasseninteressen. Was der moderne Arbeiter als hohe Tugend preist, das unerschrockene Eintreten für die Organisation, der solidarische Zusammenhalt im Lohnkampf, die freiwillige Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit, das sind dem Unternehmer äußerst verwerfliche und unmoralische Taten. Mit solchen Tugenden ausgestattete Arbeiter wird er sich möglichst aus seinem Betriebe fernhalten. Dagegen wird er einen Streikbrecher, der im Lohnkampf seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken fällt, dessen Taten die Arbeiter aufs tiefste verachten, weil sie die Klasseninteressen schädigen, also folglich unstilllich und unmoralisch sind, als einen Mann preisen, dessen Taten lobenswert sind, und er wird sich recht viele solcher Exemplare in seinen Betrieb hineinwünschen. Nun wird es wohl leicht erklärlich sein, weshalb in dem sogenannten Räudelbuch nur solche Arbeiter verzeichnet stehen, die neben den oben geschilderten proletarischen Tugenden auch noch andere Eigenschaften besitzen, die man im gewöhnlichen bürgerlichen Leben ebenfalls als Tugenden wertschätzt. Von allen den Geschädigten, ohne Ausnahme, kann gesagt werden, daß sie nüchterne Leute sind und die Trinkschüsseln verabscheuen.

In dem Jahresbericht wird nun ebenfalls anerkennend hervorgehoben, daß sich auch die Organisationsleitung alle Mühe gibt, die Mitglieder von dem verderblichen Alkoholausfluß abzubringen. Allerdings wird der Erfolg bezweifelt. Wir sind mit dem bisherigen Erfolge ganz zufrieden und glauben ganz be-

stimmt, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, diese so verderblichen Trinkschüsseln aus den Reihen der Arbeiter gänzlich zu beseitigen. Die Unternehmer werden davon freilich keinen Nutzen haben. Da sie dies selbst wissen, deshalb glauben wir auch gar nicht so recht daran, daß sie es mit der Beseitigung dieser Unsitte so ehrlich meinen. Denn wenn erst ein Arbeiter sich mit klarem Verstande in seiner Umgebung umsieht, dann erkennt er erst recht, wie freudlos sein Dasein ist, zu welcher Entsetzung er verdammt ist. Wir wollen uns nun den Schlussbemerkungen des Berichts zuwenden, bei denen fast immer ein Satz dem anderen widerspricht oder ihn aufhebt. Was soll man sich darunter denken, wenn zunächst gesagt wird, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Betrieben seien scharfe Maßregeln nötig, (das soll doch nur heißen, die schwarze Liste wird beibehalten), und gleich darauf wird in demselben Atemzuge gesagt, die Unternehmer wollten beitragen, das Geschehene zu vergessen und sich ebenfalls bemühen, wieder Frieden in die Betriebe zu bringen. Wenn die Mitglieder der Vereinigung dies wirklich ernstlich wollen, so müssen sie zunächst den Arbeitern die abgenommenen 5 Prozent wieder zurückgeben. Dann müssen sie die schwarze Liste, das „Räudelbuch“, beseitigen und die Sperre aufheben. Sollten die Unternehmer aber die die Arbeiter aufs äußerste provozierenden Maßnahmen noch weiter aufrecht erhalten, dann gebietet es diesen schon die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz, sich mit aller Energie gegen diese Maßnahmen zur Wehr zu setzen.

Dem verstorbenen Steinmeißler Karl Schilling konnte in seinem Nekrolog an dieser Stelle nachgesagt werden, daß er nie zu so kleinlichen und verwerflichen Mitteln griff, seine Arbeiter wegen Eintretens für ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu maßregeln. Die Striegauer Unternehmer haben nicht den Ehrgeiz, sich ein solches Lob zu verdienen, das gewiß den Menschen ehrt. In geradezu unverständlicher Weise wird gegen die Lehrlinge vorgegangen. Bei der Firma Lehmann arbeiten eine ganze Anzahl junger Leute, die zwar Lehrlinge sind, aber keine bestimmte Lehrzeit durchmachen. Sie arbeiten im Akkord. Die Löhne dieser Jungen sind so gering, daß die armen Eltern sie noch durchfüttern müssen. Zwei der Jungen suchten sich nun andere Arbeit und fanden auch solche im Betriebe der Firma Seidel. Aber das Glück dauerte nicht lange. Schon nach zwei Tagen nahte das Verhängnis. Der Vater bei der Firma Seidel teilte den Jungen mit, daß sie nicht weiter arbeiten dürften, da ihm von der Firma Lehmann mitgeteilt worden sei, die Jungen seien „rauhbeinige“ Gesellen. Sie müssten also ins Räudelbuch. Notgedrungen mußten die Jungen wieder in ihren alten Betrieb zurück. Mag sein, daß Herr Lehmann von diesem Vorgang nichts weiß, da er aber anscheinend seinen Polieren unbeschränkte Vollmacht erteilt hat, so fällt auch die Schuld auf ihn.

An den Striegauer Steinarbeitern liegt es, den gewaltigen Terrorismus zu beseitigen und das eiserne Halsband, welches die Unternehmer um ihren Hals geschlungen haben, mit Gewalt zu zerbrechen. Die Konjunktur ist nicht immer im Niedergang. Die Arbeiter werden alles daran setzen, um das famose Räudelbuch zu Falle zu bringen.

Der Arbeiterschutz in der Steinindustrie Badens.

Durch die Gausleitung Karlsruhe des Gaus Baden wurde dem Landtage eine Petition unterbreitet, welche

1. Anstellung von Steinbruchs- und Betriebskontrollleuten,
2. Regelung der Vergütung staatlicher Arbeiter und
3. Vorzugsweise Beschäftigung einheimischer Arbeiter an Staatsbauten verlangt.

Die Petition weist einleitend auf die auch an dieser Stelle wiederholt geschilderten gesundheitschädlichen Folgen dieses Berufes hin. Von dem umfangreichen statistischen Material sei nur erwähnt, daß nach den letzten Erhebungen 28,1 Prozent der Mitglieder erkrankten. 67 Proz. der Erkrankten sind Folgen der Berufsarbeit. Das Durchschnittsalter beträgt nur 39 Jahre. Die Todesursache ist bei 80 Proz. der Fälle Schwindel und bei 4 Proz. Unfälle. In den meisten Fällen geht dem Tod ein monatelanges Siechtum voraus. Der Krankheitsdurchschnitt beträgt 30,5 Wochen.

Der Bundesrat hatte bereits im Jahre 1902 auf Grund des § 126 G.-D. eine Verordnung zum Schutze der Steinarbeiter erlassen, die in einer ausführlichen Denkschrift der Zentralverband der Steinarbeiter forderte. Verbessert wurde diese Verordnung im Jahre 1908. Obwohl sie weit hinter den Wünschen des Steinarbeiterverbandes und den Thesen des Dr. Sommerfeld (Berlin) zurückblieb, könnten die Bestimmungen segensreich für die Steinarbeiter sein, — wenn sie eingehalten würden. Damit sieht es leider in Baden besonders traurig aus.

Die Petition geht die einzelnen Bestimmungen durch und schildert die mangelhafte Durchführung. Gleich traurig ist es mit der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften bestellt, sowie gegen viele Bestimmungen der Gewerbeordnung. Wir müssen auf eine Wiederergabe der Schilderungen im einzelnen verzichten, erinnern aber an die in diesem Blatte wiederholt gemachten Ausführungen über die Zustände in den Steinbrüchen und Steinhauereien.

Die Petition kommt zu dem Schluß, daß trotz der anerkanntwertigen, besonders in der Steinindustrie eifrigen, Revisionstätigkeit durch die Fabrikinspektion eine Besserung der Zustände und strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen nur erreicht werden kann durch Anstellung von besonderen Steinbruchskontrollleuten aus Arbeiterkreisen. In den Jahresberichten der Karlsruher Fabrikinspektion wird wiederholt festgestellt, daß die Unternehmer der Durchführung der Verordnung den hartesten Widerstand entgegensetzen und nur durch behördlichen Zwang zum Vollzug des Gesetzes veranlaßt werden können. Zu einer durchgreifenden, alle Betriebe umfassenden Bausaufsichtigung der Steinbruchsbetriebe ist die Fabrikinspektion nicht in der Lage, weil es ihr dazu an den nötigen Kräften fehlt. Mit Ausnahme von Mecklenburg und Oldenburg ist Baden derjenige deutsche Bundesstaat, in welchem die Fabrikinspektion im Verhältnis zur vorhandenen Industrie am unzulänglichsten aus-

gebaut ist und der einzelne Beamte am meisten überlastet ist. Auf einen Beamten der Fabrikinspektion entfallen in:

Preußen	552 Betriebe und 11943 Arbeiter
Bayern	977 " " 16741 "
Sachsen	441 " " 12238 "
Württemberg	607 " " 12877 "
Baden	1009 " " 28454 "
Elb-Lothringen	415 " " 10889 "
Sachsen	384 " " 6551 "
Reichsdurchschnitt	553 Betriebe und 12058 Arbeiter.

In Baden entfallen demnach auf einen Beamten rund doppelt so viel Betriebe und Arbeiter, als im Reichsdurchschnitt, das als so oft als dort des Reichsdurchschnitts bezeichnete Preußen steht noch günstiger wie der Reichsdurchschnitt. Am nächsten an Baden steht Bayern, dem aber mildere Umstände zugebilligt werden müssen, mit Rücksicht auf die dortige Zentrumsmajorität im Landtag. Für das „Musterland“ ist die Tatsache, die unvollkommenste Fabrikinspektion zu besitzen, beschämend und ohne jede Entschuldigung.

Entsprechend der Überlastung des einzelnen Beamten ist auch das Verhältnis der revidierten Betriebe zu den vorhandenen ein sehr ungünstiges. Von je 100 Betrieben und Arbeitern wurden revidiert in:

Baden	36 Betriebe und 56 Arbeiter
Reichsdurchschnitt	52 " " 81 "

Ähnlich wie oben, steht es in den andern Bundesstaaten ebenfalls günstiger, als in Baden. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Fabrikinspektion daraus nicht der entfernteste Vorwurf gemacht werden soll. Im Gegenteil wird deren Tätigkeit die vollste Anerkennung gezollt. Während im Durchschnitt nur 36 Betriebe von 100 revidiert wurden, waren es in der Steinindustrie 57 von 100. Die Schuld trifft allein die Regierung, die, auf den Vorbeeren aus den Tagen Wörrißhofs ersaubend, im Ausbau der Fabrikinspektion nicht Schritt hielt mit der riesenhaften Entwicklung der badischen Industrie im letzten Jahrzehnt.

Die traurige Folge der unzulänglichen Beaufsichtigung der Betriebe der Steinindustrie ist die Tatsache, daß die Sektion II der Steinbrückerberufsgenossenschaft in Karlsruhe die höchste Zahl der Unfälle im ganzen Reich zu verzeichnen hat. In der Sektion II entfallen auf 1000 Vollarbeiter 20,7 entschädigte Unfälle, im Reichsdurchschnitt nur 14,9. Daß diese erschreckend hohe Unfallziffer nicht in größerer Betriebsgefährlichkeit der badischen Steinbrüche zu suchen ist, sondern in der mangelhaften Durchführung der gesetzlichen Schutzbestimmungen, geht daraus hervor, daß die strafweise Erhebung von Zusatzbeiträgen nach § 112, Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in der Sektion II eine außergewöhnlich hohe war. Von der Steinbrückerberufsgenossenschaft wurde von dieser Bestimmung im ganzen in 144 Fällen Gebrauch gemacht, davon entfallen allein auf die Sektion II 101 Fälle. Auch die verhängten Geldstrafen wegen Verstoßes gegen die Unfallverhütungsvorschriften sind in der Sektion II sehr zahlreich.

Die geschädigten Zustände fordern gebieterisch ein Eingreifen. Nicht eine Ausdehnung der bestehenden Vorschriften, sondern eine striktere Durchführung derselben ist vorläufig notwendig. Trotz des eifrigsten Bestrebens der Fabrikinspektion, Wandel zu schaffen, ist diese dazu nicht in der Lage ohne Heranziehung weiterer fachverständiger Aufsichtsbeamten, die am besten aus den Reihen der Arbeiter entnommen würden. Diese sind mit den nötigen praktischen Kenntnissen ausgerüstet und, was vor allem nötig ist, sie werden das erforderliche Vertrauen der Arbeiter finden und diesen dadurch die Möglichkeit bieten, ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Ohne den Beamten der Fabrikinspektion zu nahe treten zu wollen, muß festgestellt werden, daß die Kluft zwischen den mit geringer Schulbildung ausgestatteten und durch schwere Arbeit etwas verbärgerten Steinarbeitern eine zu große ist, um einen wärmeren Verkehr zwischen beiden zu ermöglichen. Geradezu gefährlich aber hat sich die Revision durch die Polizeibeamten erwiesen. In Freiburg wurde einem Unternehmer durch einen Schutzmann der Name des Beschwerdeführers genannt. Die Folge davon ist, daß dieser jetzt nach beinahe zwei Jahren bei keinem Unternehmer mehr eingestellt wird. Als einziger gangbarer Weg erweist sich die geforderte Anstellung besonderer Steinbrückerkontrolloren. Ueber die Zweckmäßigkeit von Arbeiterkontrolloren sind an dieser Stelle weitere Ausführungen nach den überall gemachten guten Erfahrungen nicht erforderlich. Wir können uns aber auf das Urteil des sächsischen Ministerialdirektors Dr. Hofner berufen, das in der Nummer 8 des „Steinarbeiters“ wiedergegeben wurde.

In Sachsen bestehen staatliche Bruchmeister bereits seit dem Jahre 1863 und sind nach dem Urteil mit diesen nur die besten Erfahrungen gemacht worden, wie die sächsische Regierung bekämpft.

Auch für Baden mit seiner großen Steinindustrie muß eine solche Einrichtung durchführbar sein. Die Steinarbeiter hegen die Hoffnung, daß ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird, gerade so, wie gegenüber den Staatsbeamten, Lehrern und Eisenbahnern. Keiner von den Ständen, die sich der Fürsorge des Landtages in so hohem Maße erfreuten, haben nur annähernd so traurige Verhältnisse zu verzeichnen, als die Steinarbeiter. Dem Landtag ist in dieser Frage Gelegenheit geboten, den etwas verblühenden Ruhm des „badischen Musterlandes“ wieder herzustellen, weshalb die Steinarbeiter auch hoffen, bei der Regierung das nötige Entgegenkommen zu finden. Es handelt sich um Leben, Gesundheit und Wohlergehen von vielen Tausenden von Arbeitern und deren Familienangehörigen.

Aus Wildemann a. Harz.

Die Aussperrung der Pflastersteinarbeiter bei der Firma Gebr. Sieghelm dauert bereits 13 Wochen, und trotz aller Anstrengungen der Firmeneinhaber, Arbeitswillige zu werben, ist der Erfolg gleich Null. Unsere Kollegen sind auch eifrig tätig, um jeden einzelnen, der eingefangen wird von der Firma, wieder in Freiheit zu setzen. Das Versprechen und Kalten seitens der Firmenvorsteher den Arbeitswilligen gegenüber, rüchert und diese Abschiebung wesentlich. Nunmehr hat die Firma zu dem halben Duzend deutscher Arbeitswilligen auch einige Kroaten aufgegeben, und rührend ist die Fürsorge der Gendarmerie. Es ist ein Schauspiel für Götter, wenn die Arbeitswilligen morgens und abends mit „der bewaffneten Macht“ an der Spitze transportiert werden. Es ist auch wohl als sicher anzunehmen, daß diese Elemente polizeiliche Aufsicht gewohnt sind. Unsere ausgesperrten Kollegen selbst wollen diese paar Leute der Firma nicht absperrig machen, denn es sind Paraderbeiter, auf die ein Unternehmer stolz sein kann. Würden auch diese zum Einstellen der Arbeit veranlaßt, dann müßte schließlich das Kontorpersonal auch aussetzen; das wollen aber unsere Kollegen nicht. Ebenso muß die Gendarmerie Beschäftigung haben. Als vor einigen Tagen die Frau eines Kollegen über den Arbeitswilligentransport eine Bemerkung machte, tönte es aus dem von Verbrecher transportierten Haufen: „Die Wildemänner Steinarbeiter sind Faulenzer!“ Dabei grinsten dem Rufer das Gend und die Kollegen nicht ohne zu wissen nicht wie.

In Wildemann gibt es noch andre Leute, die ebenfalls glauben, die Aussperrten als „Faulenzer“ titulieren zu dürfen. Es ist da zum Beispiel ein sogenannter „Gebildeter“ — ein Arzt —, der solchen den Aussperrten aus dem Fenster nachschreit. Uns dünkt, die Steinarbeiter wissen schon, wo die Bezeichnung Faulenzer angebracht ist, ohne an das Sprichwort zu denken: „Der Ruind ruft seinen eignen Namen!“ Mit welchen schändlichen Mitteln seitens der Widerwärtigen in Wildemann gekämpft

wird, zeigen verschiedene anonyme Briefe, die bei der Leitung dort eingelaufen. Gar zu gern will man die Kollegen aufeinanderhetzen. Wie traurig muß es doch im Oberflächlichen jener anonymen Briefschreiber bestellt sein, wenn zu solchen Mitteln gegriffen wird. In den Reihen der Aussperrten oder der Steinarbeiter sind die Briefschreiber selbstredend nicht, sondern sie sitzen ganz wo anders! Den gewollten Zweck haben solche Briefe natürlich nicht. Die ganze Kampfwelt erzählt nun noch eine lebhaftere Illustration durch das Verhalten der Firma Gebr. Sieghelm selbst. Während des 13wöchigen Kampfes haben dritte Personen in recht unheimlicher Weise versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Welche Haltung demgegenüber die Firmenvorsteher eingenommen haben, sei in folgendem dargestellt:

Am 20. Januar machte gelegentlich einer Gerichtsverhandlung in Zellerfeld der Verhandlungsleiter einen Verständigungsversuch. Die Antwort des Firmenvorstehers Herrn Sieghelm lautete: „Gewiß stelle ich die Arbeiter wieder ein, aber sie müssen aus dem Steinarbeiterverband treten, und das wollen die Leute nicht!“ Der Landtagsabgeordnete Herr Spitzig-Zellerfeld versuchte im Interesse der Gemeinden eine Einigung herbeizuführen. Die Antwort des Herrn Sieghelm antwortete hier: „Wir verhandeln nur direkt mit unseren Arbeitern.“ Die Steinarbeiter erkennen rüchhaltslos die Bemühungen des Herrn Landtagsabgeordneten an und beschritten nun diesen Weg. Zwei Steinarbeiter wurden dazu beauftragt. Daß spöttisch wurden sie empfangen und gefragt, „ob sie vielleicht über das Datum verhandeln wollten?“ Die Arbeiter gingen bei dieser Handlungsweise wieder ihres Weges. Nun versuchte der Verbandsvorstand der Steinarbeiter brieflich eine Verständigung anzubahnen und abermals wurde eine Kommission der Arbeiter vorstellig. Hier wurde vom Firmenvorsteher erklärt: „Wer Arbeit haben wolle, solle einzeln kommen!“ Auch dieses haben am 21. Februar einige Arbeiter versucht und wie war nun das Verhalten des Firmenvorstehers? — „Sagt Ihr 12 Wochen zu Hause geblieben, kommt es nunmehr auf einige mehr nicht an. Im übrigen gebrauchen wir vorläufig keine Arbeiter!“

Die Aussperrten haben nun die ganze Angelegenheit in einem Flugblatt niedergelegt, welches innerhalb zwei Stunden in 3000 Exemplaren in den drei Gebirgsstädten Klausthal, Zellerfeld, Wildemann und Umgegend verbreitet wurde. Die Verbreiter konnten dabei manch kräftiges Wort auf die Firmenvorsteher und ihre Hintermänner von den Einwohnern hören. Es wird kaum Arbeitgeber geben, die so handeln, wie die Genannten. Rücksicht auf die Gemeinden, Rücksicht auf die Allgemeinheit, Schätzung des Arbeiters als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben, alles dieses ist den Herrn Gebr. Sieghelm fremd, sind für sie böhmische Dörfer. Die Arbeiter haben stets den wirtschaftlichen Kampf von einem ernstern Standpunkt betrachtet und haben auch hier bewiesen, daß es ihnen nicht um den Kampf selbst zu tun ist, sie haben mehrfach versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Doch Spott und Demütigung war der Erfolg.

Der Vertreter des Zentralvorstandes versuchte auch eine Vermittlung des Landrats — als die einzige, einflußreiche Persönlichkeit — herbeizuführen; auch dieses scheiterte an dem Verhalten der Gebr. Sieghelm. Es wird jedenfalls angenommen, daß nunmehr die Organisation der Steinarbeiter den Kampf aufgeben will! Davin dürften die Scharfmacher bei dieser Bewegung sich täuschen! Denn wir wissen, daß die Firma nur äußerlich den starken Mann markiert. Hätten die Aussperrten sich nicht alle Mühe gegeben, dann wären bereits mehr Arbeiter in beiden Betrieben, als früher dort beschäftigt waren. Der Arbeitsmangel, den die Firma nebst ihren Vorführern verschützt, erfährt dadurch eine ganz andre Deutung. Sagen wir es nur rund heraus: Nach Ansicht der dort maßgebenden Kreise verdienen die Steinarbeiter — zuviel! Die Löhne sollen deshalb zurückgeschraubt werden, damit die andern Arbeiter, Bergleute usw. nicht aufgeweckt werden; darum dieses Kettenstreiken gegen die Organisation der Steinarbeiter! Stundenlöhne von 28 bis 35 Pfg., ein Arbeitsverdienst in zwei Wochen von 40 bis 50 Mark ist zuviel! Wer solche Ansicht vertritt, der hat keinen blauen Schimmer vom Wirtschaftsleben, hat auch keine Ahnung von der schweren Steinbrückerarbeit unserer Kollegen; mit dem ist auch jede Aussprache über die Ursachen des Kampfes in Wildemann vergeblich. Früchte wird die Bewegung tragen, die den maßgebenden Persönlichkeiten einst bitter schmecken werden.

Neues vom Kolonial-Marmor-kriegsschauplatz.

Im „Deutschen Steinbildhauer“ plätschert die Debatte über das „Kolonial-Marmorindikat“ flott weiter. Herr Steinmeißner Schünemann aus Hamburg, der im Aufsichtsrat des Riesenunternehmens sitzt, sucht nachzuweisen, daß das Werk existenzfähig ist. Das interessanteste in seiner Mitteilung ist, daß die nötigen drei Millionen Mark schon gezeichnet sein sollen. Die Arrangements des Syndikats haben somit die Kellere gar nicht schlecht betrieben.

Der technische Leiter eines „vaterländischen ungarischen“ Werkes in Bukova findet auch, daß bei der Marmor-gewinnung in Südwestafrika nichts zu holen sei.

Die dritte Einfindung entstammt der Feder des Herrn Hagen-Düsseldorf, der als Sachverständiger des Syndikats anzusehen ist. Hagen war selbst in Südwest, er hatte sich seinerzeit nach dort einen Bruchdirektor und Bruchmeister mitgenommen, und die drei Herren haben unter Zuhilfenahme der farbigen Arbeiter die ersten Schürfsarbeiten geleitet. Das Resultat ihrer Exkursion wurde dann in der von uns schon besprochenen Denkschrift niedergelegt. Herr Hagen verwahrt sich dagegen, wenn ihm vorgeworfen wird, daß er auf die Mithilfe eines tüchtigen Geologen verzichtet hätte. — Wir sind nun auch der Meinung, daß über die Anlagen von Steinbrückerbetrieben tüchtige Bruchmeister mehr zutreffende Urteilsfähigkeit haben, als die Geologen. — Damit wollen wir die Herren Geologen und Mineralogen nicht im geringsten unterschätzen; wir haben Respekt vor ihren Untersuchungen, aber bei den Steinbrückererschließungen kommt mehr die praktische Seite in Frage.

Amüsant ist es, wie Herr Hagen den Herrn Moritz Klein a b h a l f e r t. Und das macht sich so. Klein war bis vor etwa drei Jahren Direktor des Granitwerks „Steinerne Renne“ in Hasserode am Harz. Im Jahre 1906 wurden in Hasserode auch Marmorfägen eingerichtet. (Das Werk arbeitet mit großem Defizit.) Um die Leute in H. anlernen zu können, wurde ein tüchtiger Säger von der Firma H a g e r u. S a r z h e i m, Düsseldorf, bezogen. — Wenn Herr Klein so sachkundig in der Marmorbranche ist, warum hat er die Anleitung nicht selbst besorgt? — Herr Klein wird nun von Herrn Hagen folgendermaßen abgetan:

„Daß ich mich aber mit einem Sachmann, der noch nicht einmal zwei Sägegatter richtig laufen lassen kann, in eine sachmännliche Polemik einlasse, muß ich ein für allemal ablehnen.“

Diese Pille schmeckt bitter, aber nach unsrer Meinung hat er sie reichlich verdient. — Herr Klein ist nämlich von seiner Sachverständigkeit in den Angelegenheiten der

Steinindustrie vollkommen überzeugt. Auch wir wollen ihm diesen guten Glauben nicht rauben. —

Nach den Angaben des Herrn Schünemann ist nun das neue Unternehmen perfekt. Zweifellos wird diese Neugründung auf dem Marmormarkt ihren Einfluß ausüben. Das erste wird sein, vorausgesetzt, daß die Angaben über das Material in Südwest richtig sind, daß in den größeren Marmorbrüchen von Frankreich, Belgien, Griechenland und Italien die Gewinnungsart der Rohsteine etwas modernisiert werden muß. — Wir stehen wahrhaftig nicht im Geruche, kolonialfreundlich gesinnt zu sein, aber wie gesagt, wir wüßten keinen Grund, warum die geologische Formation des Marmorgebirges in Südwest ungünstiger sein soll, als wie die des Pentelikon in Griechenland.

Zum nächsten Verbandstag.

Wenn man die Vorlage des Zentralvorstandes studiert, so muß man sich sagen, es geht nicht, daß die Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird. Es muß das Gesamtinteresse gewahrt werden. Bei so weitgehenden Fragen wäre es am besten, wenn eine Urabstimmung vorgenommen würde. Es darf natürlich vorher jeder sein für und wider im „Steinarbeiter“ kund tun. Nun haben ja in Nummer 7 des Verbandsorgans zwei Kollegen das Wort genommen. Schreibe dieses will nun das „Organ“ hervorheben und folgende Gründe anführen. Nach der Arnoldischen Vorlage muß man bedeutend mehr bezahlen als wie jetzt. Seine vorgeschlagenen Sätze zur Arbeitslosenunterstützung sind äußerst minimal.

Die Arbeitslosen bekommen die erste Woche nichts, die zweite Woche 3 M., die dritte 3.60 M. usw.; 25 Pfg. gehen aber noch jede Woche auf für die Arbeitslosennummer. Bei einem Einzelsahler noch 15 Pfg. extra für Porto und Bestellgeld. Nun würde man in Wirklichkeit erhalten bei 3 Wochen dauernder Arbeitslosigkeit in einer Zahlstelle 6.10 M., und als Einzelsahler die horrenden Summe von 5.80 M. Ein Teil der Kollegen weiß, daß diese Unterstützung nur äußerst schwer durchzuführen ist, die Zerrissenheit ist gleich von vornherein in die Organisation hineingebraut.

Das Charakteristische bei dem Arnoldischen Vorschlag ist, daß die unterste, noch zu gründende Beitragsklasse, von der Unterstützung ausgeschlossen sein soll. Das gäbe böses Blut, und die Agitation? Wie man überhaupt einen solchen Vorschlag machen kann, ist mir unbegreiflich. Dann wäre es meines Erachtens doch richtiger, wenn er gefagt hätte, wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt wird, dann führen wir sie in der Zahlstelle Mannheim allein ein. Es wäre nichts Salbes und nichts Ganzes, wenn man nicht alle Mitglieder, ob hoch oder niedrig in der Beitragsklasse, in eine Unterstützung mit einbezüge.

Soll die Arbeitslosenunterstützung für die Steinarbeiter eine Hilfe sein, so muß sie mindestens die Woche 6 M. betragen. Ist das nicht durchführbar bei einer annehmbareren Beitragserhöhung, dann fort damit bis wir besser organisiert sind. Angenommen, die Arbeitslosenunterstützung würde angenommen und die Beiträge würden erhöht bis 90 Pfg., dann träte nicht nur ein Stillstand in der Mitgliederbewegung ein, sondern wir würden große Mitgliederverluste erleiden. Daß die Freunde der Erwerbslosenunterstützung auf diesen Punkt nicht eingehen wollen, mundert mich besonders.

Eher sollte man die Reiseunterstützung erhöhen, als daß man sie auf eine solche Art ermäßigt will. Viel ist heute sowieso nicht mehr los auf der Wanderet. Jeder junge Kollege will heute bleiben wo er ist.

Bei einem Streik will heute kein Mensch mehr abreisen, die große Wanderlust ist gegen früher stark zurückgegangen.

Ich meine, schaffen wir eine niedrige Beitragsklasse für die Hilfsarbeiter, damit ist der Sache mehr gedient. Was im „Steinarbeiter“ (siehe Nr. 7) gegenüber den Arnoldischen Vorschlägen ausgeführt wurde, teile ich Wort für Wort.

A. M.

Zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist, wie vor zwei Jahren, viel dafür und dagegen geschrieben worden. Die Erwerbslosenunterstützung ist an und für sich eine sehr nötige Einrichtung, das ist den Befürwortern nicht abzutreten; aber reichlich ist zu prüfen, ob unser Verband in der Lage ist, sie einzuführen. Dieses muß entschieden verneint werden. Betrachten wir die sehr gut durchdachte Aufstellung des Zentralvorstandes, so stoßen wir sofort nach der Prüfung auf die Nachteile, welche bei Einführung genannter Unterstützung den jungen Zahlstellen in den Granitdistrikten gebracht werden. Ohne Erhöhung der Beiträge ist selbstverständlich gar nicht daran zu denken, und ob die Kollegen in den Granitdistrikten das vertragen, ist eine Frage, die für die Lauffe verneint werden muß. Nun sollen nach der Berechnung des Zentralvorstandes 6 Klassen eingeführt werden. Die Staffeln sind entschieden das richtige. Prüfen wir nun die Leistung mit den Beiträgen, so steht man sofort, daß der Kampffonds wesentlich geschwächt würde. Nimmt man nun an, in einer Zahlstelle ist der 50 Pfg.-Beitrag eingeführt, die Verhältnisse am Orte vertragen eine Erhöhung der Beiträge nicht, so wird nicht nur der Kampffonds der Hauptklasse, sondern auch die Lokalkassen, resp. die am Orte verbleibenden Prozente werden vermindert. Wie oben angeführt, den 50 Pfg.-Beitrag angenommen, verbleiben am Orte 8 Pfg., 10 Pfg. Krankenunterstützung, 32 Pfg. Kampffonds nach jetziger Aufstellung. Nach Einführung der Erwerbslosenunterstützung 5. Klasse, Beitrag 50 Pfg., Kampffonds 25 Pfg., also 3 Pfg. weniger der Lokalkasse, der Kampffonds ist also um 7 Pfg. geschwächt. Dieses können die Kollegen der Lauffe auf keinen Fall vertragen. Eine solche Reduzierung des Kampffonds würde eine Reduzierung der Lohnkämpfe zur Folge haben müssen, und dieses würde den Unternehmern der Lauffe ein besonders gefundenes Fressen sein. Fast in der ganzen Lauffe ist bei dem großen Prozentsatz unorganisierter Kollegen nur durch geschlossenen Kampf etwas zu erreichen, vorausgesetzt, daß der Kampffonds des Verbandes dahinter steht. Im Falle der Einführung der Erwerbslosenunterstützung würde aber der Zentralvorstand nur immer mehr genötigt sein, Lohnkämpfe möglichst zurückzuhalten und ohnmächtig einer von den Unternehmern provozierten Aussperrung gegenüberstehen. Unsere Parole muß sein: „Vorwärts in der Mitgliederwerbung!“ Aber niemals können wir etwas erreichen, wenn wir die Beiträge erhöhen. Wie soll ein Familienvater mit einem Durchschnittsverdienst von 20 M. durchkommen; er muß mit jedem Groschen rechnen. Werden die Beiträge erhöht, wird nicht nur ein Stillstand, sondern ein Rückgang zu verzeichnen sein, und die Unternehmern werden ihre Brutalität nur noch mehr ausüben. Mehr noch möchten wir den Kollegen ans Herz legen, den Branchenstolz beiseite zu legen und der Hilfsarbeiterfrage sich mehr zu widmen. Einer erweiterten Klassenstaffelung in der Beitragszahlung könnte ich mehr Sympathie entgegenbringen, und es dürfte tunlich erscheinen, wie Kollege A. in Nr. 9 vorschlägt, gleich von einer Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband zu diskutieren. Im übrigen kann ich mich vollständig mit den Ausführungen des Kollegen K. einverstanden erklären. Alles dieses wird den Befürwortern der Erwerbslosenunterstützung genügen, ihren Wunsch um einige Jahre zu vertragen.

Ernst Seuthold.

Hilfsarbeiterfrage — Erwerbslosenunterstützung, beide gleich wichtige Fragen, um die sich nun seit geraumer Zeit die Debatte an dieser Stelle dreht. Daß die Großstädter sich mächtig für die Erwerbslosenunterstützung ins Zeug

legen, ist nur zu begreiflich, denn dort tritt ja die Arbeitslosigkeit am fürchterlichsten auf. Trotzdem aber besteht kein Zweifel, daß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung gemäß der Vorlage des Zentralvorstandes unmöglich ist. Dieser Frage können wir erst näher treten, wenn sich durch entsprechende Maßnahmen die Mitgliederzahl unseres Verbandes mindestens verdoppelt hat. Gewiß ist die Erwerbslosenunterstützung ein gutes und zugkräftiges Agitationsmittel, aber die dazu erforderlichen hohen Beiträge heben die Wirkung dieses Mittels vollständig auf. Die Gewinnung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wird zur Unmöglichkeit, und ein Rückgang statt des erhofften Anwachsens der Mitgliederzahl wäre sicher zu erwarten. Ohne Einführung niedriger Beiträge kann die Grundlage des Verbandes nicht erweitert, bezw. die Hilfsarbeiterfrage gelöst werden. Aber auch die agitatorische Wirkung dieser niedrigen Beiträge geht zum größten Teil wieder verloren, wenn die Gegenleistung, wie z. B. bei der Streikunterstützung, zu sehr herabgedrückt wird. Meines Erachtens könnte die Streikunterstützung in einer neu geschaffenen vierten Beitragsklasse zu 30 oder 35 Pfg. ebenso hoch sein, wie in der 3. Klasse zu 45 Pfg., ohne das bezwecken die Hauptklasse verdrängen müßte. Es kann nun eingewendet werden, daß in diesem Falle sehr wenig Beiträge 3. Klasse mehr bezahlt würden, es müßte eben von oben herunter mehr auf strikte Durchführung des § 4 Abs. 1 des Statuts gedrungen werden. Kollege Walther plagierte in Kassel über den Mißbrauch der Erwerbslosenmarken. Es gibt aber auch noch eine ganze Menge anderer Verbandssteuerdefraudanten, die sich um ihre Pflicht herumbrücken, indem sie, ohne sich um den erwähnten Paragraphen des Statuts zu kümmern, einfach zahlen, was ihnen beliebt. Da doch jede Zahlstelle alle Beitragsklassen führen kann, könnte durch energische Durchführung des Statuts der Hauptklasse eine nicht zu unterschätzende Mehrerinnahme zugeführt werden. Die von jedem Kollegen auszufüllende Statistikkarte bietet hierzu eine Handhabe. Also weg mit diesem alten Schandrian, der durch Einführung höherer Beiträge eher gefördert, als vertrieben wird. Maßregeln, wie sie Kollege R. in Nummer 9 des Fachblattes vorschlägt, können die Schwindelereien nicht unterbinden, womit aber nicht gesagt sein soll, daß ich den Wert seiner Vorschläge unterschätze. Im Gegenteil! Hoffe ich, daß Kollege R. seine Vorschläge als Antrag den Männern der Praxis in Eisenach unterbreiten wird.

Vom Eisenacher Verbandstag müssen wir auf alle Fälle erwarten, daß er sich in seinen Beschlüssen nicht engherzig zeigt und in der weitgehendsten Weise alles daransetzt, die Basis des Verbandes zu erweitern; denn nur dadurch können wir der vielumstrittenen Erwerbslosenunterstützung näherkommen. Wir haben uns ohnehin schon erheblich verspätet, denn die Hilfsarbeiterfrage ist in den Städten schon längst keine Frage mehr, weil der Fabrikarbeiterverband mit erfolgreicher Agitation und niedrigen Beiträgen uns zuvorgekommen ist, während auf dem Lande die Christlichen in marktstreuerischer Weise mit ihren noch niedrigeren Beiträgen scharf mit uns konkurrieren. In dieser Beziehung ist unendlich viel aus Standesdünkel von uns verjäumt worden, und es ist die höchste Zeit, daß diese ärmliche Mauer einmal fällt, und dadurch die Grenzen unseres Verbandes erweitert werden. Noch eins: Es ist befremdend, da doch die meisten Kollegen, die an dieser Stelle das Wort ergreifen, die Erwerbslosenunterstützung weit von sich weisen, daß keine Vorschläge zur Verbesserung der Reiseunterstützung kommen. Allerdings sind dahingehende Anträge auf verschiedenen Generalversammlungen in die Besenkung gerutscht; aber es könnte doch in Eisenach nach dieser Richtung ein Schritt vorwärts gemacht werden. Notwendiger als eine Erhöhung der Reiseunterstützung wäre eine Reform der Auszahlungsweise, damit die reisenden Kollegen auch tatsächlich die tägliche Unterstützung von 75 Pfg. beziehen könnten. „Die Reiseunterstützung konsequent ausgebaut, führt direkt zur Erwerbslosenunterstützung“, sagte der verstorbene Hauptkassierer Kollege Felix Lange auf dem Leipziger Kongress. Also vorwärts!

Riefersfelden.

N. Weiland.

Korrespondenzen.

Baldunstein (Sahntal). In der am 21. Februar stattgefundenen Versammlung gab Gauleiter Herrmann Bericht über den Stand des Streiks. Es seien einschließlich der zuletzt entlassenen Kollegen 28 Mann in den Streik getreten. Diese Einigkeit habe Herr Krebs wohl nicht erwartet. Bedauerlich sei es, daß zwei jugendliche Arbeiter die Arbeit bei der Firma Krebs aufgenommen hätten; es sei das aber nur dahin zu erklären, weil die Eltern der betreffenden Arbeiter sie zu dem Arbeitswilligendienst verleitet hätten. An dem Ausgange des Streiks könne dies aber nicht ändern, solange die andern Kollegen einig zusammenstehen, denn die Leistungen der Arbeitswilligen seien nicht derart, daß die Firma Krebs damit bei ihren Abnehmern mit der Arbeit Ehre einlegen könne. Mit ersten Worten erwähnte er die Kollegen, in dem durch die fortgesetzten Maßregelungen aufgedrungenen Kampfe treu und einig zusammenzustehen. Die Diskussion war lebhaft und faßlich. Es wurde mitgeteilt, daß die Firma Krebs an verschiedene Häuser herangetreten ist, sie möchten doch anfangen, es sei alles geregelt. Die Kollegen lehnten das Anerbieten zum Streikbruch dankend ab. Des weiteren kam zur Sprache, daß Herr Krebs sich geäußert habe, den Vorstehenden wolle er nicht mehr beschäftigen, weil er in einer Versammlung ihn beleidigt habe. Dies ist jedoch niemals geschehen; es ist nur anzunehmen, daß irgendein unorganisierter Arbeiter Herrn Krebs diese angebliche Meinerung hinterbracht hat. In der Diskussion wurde noch weiter mitgeteilt, daß zwei organisierte Kollegen, die im November von der Firma Krebs gemahnt worden waren und in Wiesbaden bei der Firma Dalapiazza Arbeit gefunden hatten, mit den Worten entlassen wurden: „Aufheuer und Aufwiegler bulde ich keine in meinem Betriebe.“ Herr Dalapiazza soll von Herrn Uhlisch, der früher in Nachen (wie er angibt) Direktor in einem Betriebe war, und jetzt von der Firma Krebs im Bureau beschäftigt wird, die Mitteilung erhalten haben, daß die beiden entlassenen Kollegen „Aufwiegler“ seien. Was den früheren Herrn Direktor dazu veranlaßt hat, in solch unschöner Weise zu handeln und fleißige Familienmitglieder ums Brot zu bringen, entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht wollte er sich damit bei Herrn Krebs in Empfehlung bringen? Des weiteren wurde noch mitgeteilt, daß 7 Kollegen bereits abgereist sind, weitere werden folgen. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Schlußworte des Gauleiters wurde die Verhandlung geschlossen.

Berlin. In äußerst stark besuchter Versammlung beschlossen die Kollegen im Hinblick auf den am 1. April ablaufenden Steuertarif, sowie in Anbetracht des unhaltbaren tariflosen Zustandes in der Warmbranche, unverzüglich den gegebenen Verhältnissen entsprechende Forderungen an die Unternehmer einzubringen. Die nähere Präzisierung der Forderungen erfolgt in zwei getrennt stattfindenden Branchenversammlungen. Gleichzeitig wurde für die Dauer der Lohnbewegung (von der 10. Woche ab) eine wöchentliche Extrasteuer von 50 Pfg. beschlossen. Zur Gauleiterkonferenz wurden die Kollegen Gansche (Baubranche), Ohngemach (Warmbranche), Winkler (Grabsteinbranche) delegiert.

Braunschweig. Horrende Löhne zahlt die Firma Hüfer, welche einen Teil der Arbeiten am neuen Ministerium hat, unsern Kollegen. Wochenlöhne von 9, 12, 15 und 18 Mk. sind zur Regel geworden, und wie muß der Steinmetz noch schufteln, um nur diese Löhne zu erzielen. Die Taktik des Unternehmers Hüfer, aus den Löhnen der Arbeiter immer größere Profite herauszuwickeln, ist hinlänglich bekannt. Es wird auf dem betreffenden Plage noch im wilden Afford gearbeitet, und Hüfer entläßt die Kollegen nach Willkür. Die Preisberechnung geschieht halb nach Kubikmeter, dann nach Quadratmeter, auch noch

Stückzahl wird gearbeitet. Ist es nicht geradezu ein Schand, wenn der Kubikmeter Kalkstein (gestockt mit Handschlag) mit 26 Mk. bezahlt wird? Welcher Familienvater kann bei den oben genannten Löhnen eine Familie bei heutigen Lebensmitteln- und Mietpreisen einer Großstadt auch nur halbwegs anständig ernähren? Jedoch das Murren hilft hier nicht. Die Kollegen müssen hier selbst Wandel schaffen. Zum drittenmal stehen wir jetzt in einer Lohnbewegung. Zweimal scheiterte dieselbe an der Interesselosigkeit der Kollegen. Soll noch weiter die beschämende Tatsache bestehen, daß die Bruchstücke wie Lutter a. Gg. und Langelsheim uns in gewerkschaftlicher Beziehung weit überflügelt haben? Hier kann nur eine straffe Organisation Wandel schaffen. Hinweg mit allen Sonderinteressen! Kollegen, agitiert für fleißigen Versammlungsbesuch. Nur wenn jeder seinen Mann stellt, ist es möglich, das elendeste aller Systeme, den wilden Afford abzuschaffen und in Braunschweig bessere Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

Bunzlau. Eine am 27. Februar in den Drei Kronen tagende Bezirksversammlung der Steinmetzen und Brecher nahm Stellung zu der Tarifvorlage, da bis jetzt jede Verhandlung seitens der Unternehmer zurückgewiesen wurde mit der altbekannten Begründung. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Starke anwesend. Zu gleicher Zeit war auch ein Vertreter des Hirsch-Dunderstein Gewerkschaftsvereins, Herr Müng aus Magdeburg, anwesend. Beide Redner gaben sich die denkbar größte Mühe, die Versammelten zu der Ueberzeugung zu bringen, die Vorlage zurückzuziehen und den alten Tarif zu verlängern, was bei der Versammlung jedoch keinen Anklang fand. In großen Zügen wurde die bevorstehende allgemeine Bauarbeiterausperrung und die augenblickliche schlechte Konjunktur von den Rednern dargestellt. Wenn die Aussperrung in ihrer geplanten Ausführung dem Zentralverband der Schornmaacher gelingen sollte, so würden die Steinarbeiter über kurz oder lang auch in Mitleidenschaft gezogen werden. Daß der Tarif reformbedürftig ist, kann nicht bestritten werden; einige kleine Verbesserungen im Tarif sind durch die Einrihtung der heutigen Architektur wieder weit gemacht. Nach mehrstündiger Diskussion und Auseinandersetzung des Zentralvorstehenden und der Versammlung wurde geheim abgestimmt. Zuerst die Brecher. Anwesend waren 59; 10 stimmten für Zurückziehung der Vorlage und 49 dagegen. Von den Steinmetzen waren anwesend 147; 27 stimmten für Zurückziehung der Vorlage, 120 dagegen. Es wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, die beauftragt ist, mit dem Zentralvorstehenden am 28. Februar nochmals vorstellig zu werden bei den Arbeitgebern, um einen Versuch zu Verhandlungen anzubahnen. Sollten die Arbeitgeber gewillt sein, in den nächsten Tagen mit der Kommission zu verhandeln, so wird am 1. März weiter gearbeitet. Die Verhandlungen auf Grund der neuen Tarifvorlage sind jedoch von den Unternehmern abgelehnt, sie bestehen auf Verlängerung des bisher geltenden Tarifs.

Ebenfetten. Am 20. Februar fand im Gasthaus zum Hirschenstein unsere Generalversammlung statt. Dieselbe war, den Verhältnissen entsprechend, gut besucht. Leider gibt es hier noch unorganisierte Kollegen, welche immer noch lieb Kind des Meisters sein wollen und sich nicht dazu bewegen lassen, eine Versammlung zu besuchen. Lieber gehen sie in andere Wirtschaften und kritisieren über die Arbeitgeber wegen schlechter Bezahlung. All diesen Mängeln kann erst dann abgeholfen werden, wenn sie sich dem Steinarbeiterverbande anschließen. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde verlesen und von den Revisoren bestätigt. Der Vorsitzende gab zunächst einen Tätigkeitsbericht des verfloffenen Jahres, woraus zu ersehen ist, daß durch den schlechten Geschäftsgang eine mindere Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. In Betrieben, wo früher 50 Arbeiter beschäftigt waren, arbeiten jetzt nur noch 20. Ferner wurde die Erwerbslosenunterstützung eingehend besprochen; für die Granitarbeiter des Bayrischen Waldes ist sie unzureichend, denn die Affordpreise unseres Bezirks sind zu niedrig, um die Löhne zu decken. Besser muß für den Bayrischen Wald in Agitation und Regelung der vielen Mißstände mehr getan werden, um die große Zahl unorganisierter Kollegen zu gewinnen. Von einem Ausbau der Organisation im Sinne der Erwerbslosenunterstützung kann deshalb im Bayrischen Walde noch lange keine Rede sein. Dem Eisenacher Verbandstage werden entsprechende Anträge unterbreitet werden. Nun erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Der Vorsitzende wurde wiedergewählt und auch zugleich als Kassierer; der bisherige Kassierer legte sein Amt nieder, da er mit Dekonomiearbeiten überlastet ist. Als 2. Vorsitzender wurde gewählt Joh. Ertl, zu Revisoren Joseph Ernst und Joh. Bauer. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen zu mehr Pünktlichkeit in der Beitragszahlung, fleißigerem Versammlungsbesuch und regerer Agitation in und außer den Betrieben. Die Kollegen waren mit den Ausführungen unseres Vorsitzenden einverstanden und wurde demselben für seine bisherige Tätigkeit Decharge erteilt.

Fechenbach. Wie die Christlichen die Wahrheit hochhalten oder sich mit fremden Federn schmücken, beweist folgender Vorgang. In der Nr. 8 des christlichen „Keram- und Steinarbeiters“ ist unter Gewerkschaftliches, Lohnbewegungen zu lesen: „Fechenbach. In einem hiesigen Steinbetrieb sind Differenzen zwischen der in unserem Verband organisierten Arbeiterschaft und der Firma ausgebrochen. Nach mehrstündigen Verhandlungen unseres Verbandsvertreeters mit dem Unternehmer konnten die Differenzen den Wünschen der Arbeiter entsprechend, beigelegt werden.“ Wenn man solches liest, könnte der Uneingeweihte glauben, die Steinarbeiter seien alle christlich organisiert; in Wirklichkeit kamen bei diesen Differenzen nur zwei christlich organisierte Steinarbeiter in Frage, 6 gehörten dem Steinarbeiterverbande an und 5 davon waren unorganisiert! Das ist eine wesentlich andere Darstellung. Aber es muß noch etwas anderes festgenagelt werden, denn weiter heißt es: „nach mehrstündigen Verhandlungen unseres Verbandsvertreeters“. Ja, wer und wo war denn dieser christliche Verbandsvertreter? Wir haben keinen zu den Verhandlungen gesehen bis auf den Vertreter unfererseits; vielleicht schmißt der Christliche sich mit fremden Federn? Denn der christliche Vertreter kam — 24 Stunden zu spät! Wie kann man denn unter solchen Umständen derartige Notizen bringen? Aber es ist christliche Methode! Die Angelegenheit selbst bezw. die Regelung ist alles andere nur kein Erfolg, denn solche Differenzen kommen infolge des wilden Affordsystems fast jeden Tag vor. Wie kann man nun aus diesem Vorgang eine große Lohnbewegung machen? Aber die Christlichen müssen dann und wann doch auch einmal Erfolge melden. Wenn sie alle so sind wie in Fechenbach, dann unser aufrichtiges Beileid!

Meißen I. Unter den Kollegen der Granitfelsereibranche sind Zustände eingerissen, welche sozusagen als chronisch bezeichnet werden müssen. Es ist das briefliche Anfragen nach Arbeit. Solche Angebote nach Arbeit gehen tagtäglich ein und häufen sich schamlos an. Braucht der Unternehmer Arbeitskräfte, so hält er Auslese unter den vielen Angeboten. Macht sich etwa ein Kollege in irgend einer Weise mißliebiger oder schmerzlicher, so wird ihm sofort der Stuhl vor die Tür gesetzt. Der Unternehmer kann sich ja diese Methode leisten, Dugende von Arbeitsangeboten hat er ja auf Lager und fortwährend gehen neue ein. Sogar wenn ein Platz gesperrt ist, fragen organisierte Kollegen um Arbeit nach. Es ist oftmals beschämend, mit welcher Inlatenhaften Anbimmelungen sie in ihren brieflichen Anfragen ihre Arbeitskraft anbieten. Der eine schreibt an den Polier des Werkes mit der salomonischen Anrede: „An den Herrn Hochwohlgeborenen“ P. P.; der andere, der schon einmal auf dem Platz gearbeitet hat, schreibt, daß er es nirgends besser finden kann, als in E.; der dritte, welcher alle seine Leistungen auf und so weiter. Dieser Zustand muß endlich einmal bekämpft werden. In unserem Verbandsbesitz doch die Reiseunterstützung; so können doch auch die Kollegen der Granit-

branche erst Umgehungen halten und diese schmierige Briefschreiber unterlassen. Wir wissen allerdings, daß es momentan sehr schwer ist, als Arbeiter Unterkunft zu finden. Aber wenn das Briefschreiben nicht ganz vermieden werden kann, dann muß mindestens auch verlangt werden, daß sich die Kollegen an unsere Vertrauensleute wenden. — Es ist beschämend für die beschäftigten Arbeiter, wenn ihnen bei Reklamationen gesagt wird, wir erhalten Arbeitskräfte in Hülle und Fülle. Also fort mit dieser Briefschreiber, die gar manchmal auf einen sehr servilen Charakter schließen läßt.

Regensburg. Am 20. Februar tagte in der Hartmannschen Gastwirtschaft unsere Generalversammlung, welche von 15 Mann besucht war. Kollege Klok verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, welche vom Revisor geprüft und für richtig befunden war. Der Kollege Klok wurde entlastet. Bei der Neuwahl wurde Wilhelm Zwele einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, welcher mit Dank den Posten übernahm. Kollege Klok wurde als Kassierer und die Kollegen R. Dörries und K. Zwele einstimmig zu Revisoren gewählt. J. Dörries zum stellvertretenden Schriftführer. Im Punkt Verschiedenes sprachen die Kollegen über den Rückgang der Mitgliederzahl, welche von 120 bis auf 37 gesunken war. Es soll eine kräftige Agitation von den Kollegen betrieben werden.

Regensburg. Ein ehemaliger Verbandskollege des Deutschen Steinarbeiterverbandes, Herr Brandl, gründete vor einigen Jahren in Regensburg ein Steinmetzgeschäft. Dank der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einerseits und den verhältnismäßig günstigen Verkaufsverhältnissen andererseits erfreut sich Herr Brandl heute eines gesicherten Einkommens. Doch mit dem Essen kommt der Appetit. Alle Mittel müssen helfen, den Profit zu erhöhen. So versuchte Brandl schon einmal, die laut Tarif festgesetzte Erhöhung der Mindestlöhne zu umgehen. Wiederholt mußte ihm verständlich gemacht werden, daß wir nicht gewillt sind, uns der Willkür der hiesigen Unternehmer neuerdings auszuliefern; die herein gemachten Erfahrungen waren zu bittere Pillen. Die „Freiheit“ der Arbeiter, den tariflichen Mindestlohn zu beanspruchen, wurde mit Antreiberei und Entlassung geahndet. Anders wurde zugemutet, im Winter unter Tarif zu arbeiten. Mit solchem Anjinnen zurückgewiesen, wollte nun Herr Brandl das Uebel mit der Wurzel austrotten: Der aus dem „sozialdemokratischen“ Steinarbeiterverband austritt und in die christliche Gewerkschaft eintritt, soll Winterarbeit haben. Dieses terroristische Gebaren begründete Herr Brandl mit den bezeichnenden Worten: „Ich habe immer mit Pfarrer und Kirchenarbeitern zu tun, und wenn ich nachweisen kann, daß ich christliche Arbeiter habe, dann bekomme ich mehr solche Arbeit und kann auch durcharbeiten lassen.“ Leider veräußerten einige Steinmetzen für ihre Ertzien ihre Gesinnung. Andre wurden, wie angeführt, entlassen. Ob Herrn Brandls Profit oder seine Existenz davon abhängt, wollen wir an dieser Stelle nicht untersuchen. Auf alle Fälle werden die freiorganisierten Steinarbeiter sich das Gebaren, das nahe an Terrorismus grenzt, merken. Falls Brandl auf Arbeiten am Dome oder Bischofsstuhl spekuliert, werden wir ihm beweisen, daß er sie nur dann fertigstellen kann, wenn er seine terroristischen Gelüste aufgibt, das Koalitionsrecht der Arbeiter voll anerkennt und getreu seinen Verpflichtungen die Arbeiter entlohnt. Den gefamten Regensburger Steinarbeitern soll dies ein neuer Beweis sein, daß wir alles daranzusetzen haben, um unsere Rechte zu wahren und neue zu erringen.

Rimbach. Am 13. Februar fand bei uns Versammlung statt. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende, Kollege Schmidt, Bericht von der letzten Bezirksvorstandssitzung in Heppenheim. Zur lebhaften Debatte gelangte die geplante Erwerbslosenunterstützung. Die Versammlung war der Ansicht, daß dieselbe nach der vom Zentralvorstand gemachten Berechnung unzureichend sei; denn eine dementsprechende Erhöhung der Beiträge sei ein großes Hindernis in der Agitation für den Verband. Vielmehr sei die Hilfsarbeiterfrage in Betracht zu ziehen; denn durch die Gewinnung dieser Kollegen würde für die allgemeinen Interessen des Verbandes mehr bewirkt, als durch eine neue Unterstützungseinrichtung, die in Anbetracht der erhöhten Beiträge, die dann erhoben werden müßten, doch nur ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein wäre. Lebhafteste Zustimmung fand die Herbeiführung des Anschlusses der Bahnhöfe Reichenbach, Reichenheim und Zwingenberg an unsern Bezirk, denn mit vereinten Kräften ist viel mehr zu erreichen, als wenn jede Zahlstelle einzeln operieren wollte. Gegen die Wahl der Schiedsgerichtskommission wurde vom Kollegen Holzhammer Einspruch erhoben, da bei derselben die Pflastersteinarbeiter nicht vertreten wären. Es wurde daher von der Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die Zahlstelle Rimbach stellt den Antrag an die nächste Bezirksvorstandssitzung, daß in die Schiedsgerichtskommission als Ersatzmitglied ein Kollege von den Pflastersteinarbeitern gewählt wird.“

Einer kleinen Beleuchtung möchten wir den Betrieb des Herrn Joseph Rühl unterziehen. Dieser Herr äußerte sich nämlich vor kurzem folgendermaßen: „Wenn mir wieder ein Nichtorganisierter in mein Geschäft kommt, und es wagt sich dann einer von den Organisierten, denselben zum Beitritt in den Verband aufzufordern, dann schlage ich ihm den Vosslerhammer auf den Kopf.“ Firmwahr, gar keine üble Idee, Herr Rühl, durch ein solch energisches Vorgehen der immer vorwärts schreitenden Arbeiterbewegung Einhalt zu gebieten. Das beste wird aber für ihn sein, er läßt es bei der Drohung, denn so ganz von ungefähr wird ihm keiner von unseren Kollegen den Schädel hinhalten, daß er den Vosslerhammer darauf tanzen lassen könnte. Wir finden gerade keinen Gefallen daran, einen Betrieb in unserem Fachblatt zu kritisieren; aber wenn solche Rebenarten gebraucht werden, kann man doch nicht umhin, dieselben auch der Öffentlichkeit preiszugeben.

Seebach. Am 17. Februar fand in der Wirtschaft zum Adler eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zuerst mußte die Wahl eines Schriftführers vorgenommen werden. Es wurde Jakob Simpl gewählt. Dann hielt Kollege Braun ein Referat über die Bedeutung der Tarifverträge. Er führte den Anwesenden die ganze Entwicklung dieser Verträge vor Augen. Er wies besonders auf den Mangel hin, daß die Verträge keine gesetzliche Handhabe besitzen und somit von den Unternehmern willkürlich gebrochen werden können. Im Punkt Verschiedenes wurde über die mangelhafte Ausfüllung der Statistik debattiert. Es können sich die Kollegen gar nicht dazu aufraffen, die Statistik auszufüllen, was doch sehr notwendig ist. Ferner wurde noch auf die Gemeinderatswahl hingewiesen. Die politischen Verhältnisse müssen auch hier mehr angeregt werden und das kann durch das Lesen der Arbeiterpresse am besten geschehen. Derauf wurde die rege verlaufene Versammlung geschlossen.

Zinhain (Westerwald). Am 22. Februar fand hier eine stark besuchte Versammlung statt. Gauleiter Herrmann referierte über die Aufgaben und Ziele der Arbeiterklasse. Er er mit dem Vortrage begann, gedachte er der vier Kollegen, die durch herabstürzendes Gestein im Steinbrüche verkrüppelt wurden. Das Unglück sei geschehen trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen. Die verunglückten Arbeiter waren erfahrene Leute, nichts deutete darauf hin, daß das Gestein sich löste. Zu Ehren der verstorbenen Kollegen Hoffmann und Schneider erhoben sich sämtliche Anwesende von ihren Stühlen. In seinem Vortrage gab er den Kollegen ein klares Bild, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiterklasse sei. Der einzelne Arbeiter könne seine Arbeitskraft gar nicht so verkaufen, wie er dies gern möchte; nur durch Vereinigung in der Organisation können bessere Verhältnisse geschaffen werden. Eingehend besprach er die Wirkungen der sogenannten „Finanzreform“. An Beispielen zeigte er, wie die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes durch die indirekten Steuern immer mehr veräußert wird. Adam Schilbert er den Aufbau des Stein-

Allgemeine Bekanntmachungen.

Erst. Allen zureisenden Grant- und Marmorarbeitern zur Kenntnis, daß sie vor dem Zutreten bei der Firma Florenz Müller (Inh. F. S. Kaiser) zuerst beim Vertrauensmann Erlundigung einziehen.

Dito Reisinger, Litzowstr. 8, II.

Selbsttötung. Kollege Joseph Schermult, geb. am 6. Juni 1880 zu Wilmars, hat sein Verbandsbuch verloren.

Der Ortsvorstand.

Münster in Westfalen. Die Steinmetzen Franz Diekmann, Mathias Schmah, Hans Reckmann und Anton Brös haben sich in unserem Lokal recht rühmlich benommen. Zwei von den Betreffenden sind bereits zum wiederholtenmale in den Verband aufgenommen und ermahnen uns nun die Betätigung für den Verband. Wer die Agitation in unserem Ort zu schätzen weiß, der wird verstehen, warum wir die Namen der Betreffenden zur Kenntnis bringen.

Niebermünster (Raust). Der Steinmetz Martin Meißner, geboren am 27. Juli 1875, möchte doch sofort seinen hochbetagten Eltern Nachricht über seinen jetzigen Aufenthalt zukommen lassen.

Karl Meißner.

Plauen. Das Reisegeschäft wird im Gewerkschaftshaus in der Zeit von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends ausbezahlt.

Ditto Arzt, Vertrauensmann.

Limbach. Der Kollege Heinrich Ulrich von Kirchhausen ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung hinterlassen. Derselbe hat erst im letzten Sommer 40.50 Mk. Krankengeld bezogen und jetzt erhält er sich so taktlos dem Verbände gegenüber. Die Kollegen, besonders von der Zahlstelle Kirchhausen, seien hiermit auf diesen Missetatigen aufmerksam gemacht.

Die Ortsverwaltung.
Stettin. Jeder zureisende Kollege hat sich vor dem Umstauen erst beim Kassierer zu melden, Straßunder Str. 40, pt., dort wird auch die Reiseunterstützung mittags von 12-1 Uhr und abends von 6-8 Uhr ausgezahlt.

Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Augsburg. Vorj.: Anton Mayer, Holmschmiedstr. 9.
Ebenhausen. Vorj. u. Kass.: Johann Kraus.
Einbeck. Vorj.: Paul Puder, Knochenhauerstr. 28.
Frankfurt a. M. Vorj.: Adolf Menges, Nordenstr. 47.
Kupferdreh. Vorj.: Robert Hornikel, Hauptstr. 24.
Meißen I. Kass.: Franz Schwärzer, Lohndisch bei Meisen, Großenhainer Str. 9, I.
Regenborn. Vorj.: Wilhelm Ewele I, Berghentor.
Neuenstein. Vorj.: Georg Koppelhöfer, Kass.: Georg Breiter.
Strehlen. Kass.: Gustav Munde, Nikolast. 17.

Briefkasten.

E. Wir haben uns in Deine Zuschrift noch nicht hinsetzungen. Wir müssen hier mit Diegen sagen: Das Allgemeine will auch spezifischer sein; wir wollen die Gesanten von den Fäden, die Mäße von den Längen unterscheiden wissen, aber die Zusammengehörigkeit des Besonderen und Allgemeinen ist nicht zu vergessen. — H. Vielen Dank für die Zusendung. Wir müssen aber mit der Veröffentlichung noch etwas zurückhalten. — Schlossbau Waldenburg. Der Bericht wird abgelehnt. Ja, wo soll denn das hin, wenn den Berichten der Lokalverwaltungen kein Glauben mehr geschenkt werden soll. — Söllig, Sp. Der Antrag muß beim Zentralvorstand gestellt werden.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Duckstoff, Socken in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

In einer Fabrikstadt von 30000 Einwohnern ist Gelegenheit, in günstiger Lage ein
Grabsteingeschäft
zu errichten. Wohnung, Laden und Remise vorhanden. Näheres durch die Expedition.

Tüchtige Steinmetzen
für Kalk und Sandstein, welche in den Denkmalsarbeiten bewandert sind, werden gesucht. Die Steinmetzen sollen auch im Versehen Erfahrung haben.
Mainzer & Comp. in Hameln.

Tüchtige Steinmetzen
auf schwedischen Granit sofort gesucht.
Granitwerk R. Lauschke & Co., Einbeck.

Gestorben.
In Blaubeurg der Kollege Alois Tremi, 51 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In Verdingen am 15. Februar der Kollege Karl Weigle, 32 Jahre alt, an Blinddarmentzündung.
In Pirna der Kollege Albin Vogt, 37 Jahre alt, an der Schwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Gefällte Wand. In Zohnen (Elblandsgebiet) wurde kürzlich eine unterirdische Wand zu Fall gebracht. Damit sind 10 000 Kubikmeter guter Steine gewonnen worden. Die Unterhöhlungsarbeiten haben im Mai 1909 begonnen.

Um künstlerische Reifegradenmaler zu erhalten, wurde in Frankfurt am Main ein Preiswettbewerb veranstaltet. 97 Bewerber haben 281 Entwürfe eingereicht. Der Denkmalsindustrie kann mit der Lieferung solcher Entwürfe nur gedient sein.

Herr Fromm, der christliche Steinarbeiterführer, ist mit seinen — Schwindelereien gegenüber den roten Gewerkschaftsführern wieder böse hereingefallen. Und das kam so. Anlässlich des vorjährigen Streiks der Spiegelglasmacher in Bayern, bei dem die christliche Organisation eine so klägliche Rolle spielte, wurden die Leiter der Bewegung, die Genossen Weß, Girbig und Dirschel von den christlichen Agitatoren in ihrer Presse fortgesetzt, so daß sie gerichtlichen Schuss in Anspruch nehmen mußten. Die Verleumdung mußten nun in letzter Nummer der christlichen Keram- und Steinarbeiterzeitung folgenden Widerruf erlassen:

In Nr. 20 dieser Zeitung war die Behauptung aufgestellt, daß der Gewerkschaftssekretär Weß in Marktredwitz beim Glasbleisereistreik im Jahre 1905 für seine Dienstleistungen gegen das Interesse der Arbeiter bei der Firma Kupfer einen Posten angetragen erhalten habe und daß er im Jahre 1909 als Spionagetreiber und Versammlungsarrangeur hervortritt. In der Schöffengerichtsverhandlung am 14. Januar 1910 in Rön hat mich überzeugt, daß diese Behauptungen der Begründung entbehren, und nehme sie daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Der Verleumder mußte sich außer zu diesem Widerruf auch zur Ertragung sämtlicher Kosten verpflichten.

Die Christlichen haben wirklich Pech. Herr Geis von der „Gewerkschaftsstimme“ mußte kürzlich kläglich widerrufen, der famose Engler hat sich als wahrheitswidriger Agitator erwiesen und nun muß Herr Fromm auch zugestehen, daß er mit seinen vorjährigen Behauptungen die Welt belogen hat. Ja, so ist's, wenn die Sozi in einer so bornierten Weise bekämpft werden. Die beiden Herren Engler und Fromm scheinen also nicht so zu handeln, wie das nach ihren „schönen“ Namen zu erwarten ist.

Marktweiserische Klatsche. Die Leute vom schwarzen Steinarbeiterverband nehmen in ihren Flugblättern den Mund recht voll. Sie bringen es fertig, neben einer geringen Beitragserhebung die respektabelsten Summen als Unterstützungssätze zu gewähren. In einem kürzlich verbreiteten Flugblatt wird das schwarze Verbändchen folgendermaßen angepriesen:

Der Verband (der Keramarbeiter) bestet auch Unterstützungseinrichtungen, die es ihm ermöglichen, den Mitgliedern in allen Lebenslagen helfend zur Seite zu stehen. Derselbe bietet Unterstüzungen bei Arbeitseinstellungen, Aussperrungen und Maßregelungen je nach Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung „bis“ zu 24 Mark pro Woche; Reiseunterstützung „bis“ zu 1.80 Mark pro Tag; Umzugsunterstützung „bis“ zu 45 Mark; Krankenunterstützung „bis“ 6.00 Mark pro Woche; Arbeitslosenunterstützung „bis“ 10.80 Mark die Woche. Ein Sterbegeld „bis“ zum Höchstbetrag von 100 Mark. Weibliche Mitglieder erhalten Wöchnerinnenunterstützung. Bei einer Beitragsleistung von 80 Pfg. wöchentlich können bis zu 75 Mark, — bei 40 Pfg. Beitrag bis zu 90 Mark, — bei 50 Pfg. bis 105 Mark, bei 60 Pfg. bis 120 Mark, bei 70 Pfg. bis 135 Mark und bei einem Wochenbeitrag von 80 Pfg. bis 150 Mark Unterstüzungen bezogen werden.

Im Verhältnis zu diesen Leistungen sind die Beiträge der Mitglieder nur geringe. Die Aufnahmegebühr beträgt für männliche Mitglieder 50 Pfg. und für weibliche 25 Pfg. Die Mindestbeiträge sind für weibliche Mitglieder und Beirlinge 20 Pfg., für männliche Mitglieder 30 Pfg. pro Woche. Die Beitragsätze steigen von 20 bezw. 30 Pfg. bis 80 Pfg. pro Woche. Jedem Mitglied steht es frei, sich seinen Beitrag selbst zu wählen.

Wenn diese Anpreisung nicht zieht, was soll dann noch helfen. Das blendende Wortchen „bis“ haben wir etlichmal in Gänsefüßchen gesetzt. Die Schwarzen hätten doch auch sehr gut getan, wenn sie ins Flugblatt geschrieben hätten, wie es um die niedrigsten Unterstützungssätze bestellt ist. Auch hätte hineingehört, daß auf knapp 5000 Mitglieder 9 Beamte angestellt sind.

Zusammentritt der Berliner Gewerkschaftsvorstände. Die Vorstände der Berliner Gewerkschaften waren kürzlich zusammenberufen worden, um zur diesjährigen Mafseier Stellung zu nehmen. Jedes Jahr veranstalten die einzelnen Gewerkschaftsgruppen am 1. Mai vornehmlich Versammlungen. Da dieses Jahre der Weltfeiertag auf einen Sonntag fällt, stand die Frage offen, ob es so wie üblich gehandhabt werden sollte. Die Vorstände stimmten dem Vorschlage der Leitung der Gewerkschaften und der Partei zu, es wie alle Jahre zu halten. Demnach finden wie üblich am Vormittag Gewerkschaftsversammlungen und am Nachmittag Parteiversammlungen statt. Des weiteren wurde beschlossen, in Berlin für alle Berufe statistisches Material über die Verdiensterhältnisse zu sammeln. So soll die Grundlage zu Tarifabschlüssen usw. verbessert werden. Als besonders wichtiger Punkt kann hervorgehoben werden, daß die Vorstandesitzung sich mit der Notwendigkeit der politischen Organisation befahte. Der Aktionsausschuß, die Berliner Parteizentralleitung, ist an die Leitung der Berliner Gewerkschaften herangetreten, um sie zu bitten, mehr für die politische Organisation der Arbeiter dadurch zu sorgen, daß sie unablässig auf die Notwendigkeit politischer Betätigung hinweise. Dies wurde auch ohne weiteres als notwendig und als längst und regelmäßig geübte Praxis der Gewerkschaften festgestellt. Der Berliner Vertreter der Metallarbeiter wies im besonderen darauf hin, daß die Agitation sich nur auf diesen Hinweis beschränken dürfe; eine weitere direkt politische Betätigung könne nur zu Differenzen führen. Dem Wunsch der Parteileitung Groß-Berlins wurde in dem geschilderten Sinne ohne weiteres zugestimmt. Für den Verein Jugendheim, der jetzt schon über 10 000 Mitglieder zählt, und sich die Aufgabe gestellt hat, Arbeiterjugendheime zu schaffen, wurde ebenfalls agitatorische Hilfe zugesichert. Kürzlich konnte dieser Verein überdies sein erstes Berliner Heim eröffnen. Im hohen Norden, dem Herz des proletarischen Berlin, gelegen, erfreut es sich jetzt schon eines außerordentlich zahlreichen Besuches. In nicht allzu langer Zeit wird ein zweites folgen. Die Sororte Nizdorf, Adlershof besitzen schon seit längerem ihre Jugendheime.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 21. bis mit 26. Februar 1910.
Lützen, B. 2.95. Stolberg, K. 1.—. Stendal, B. 10.70. Triefel (3.), B. 4.40. (23.), B. 5.90. Peine, B. 3.60. Meldorf, B. 3.10. Gleisellen, B. 2.20. Weelitz, B. 1.80. Alagen, B. 8.40. K. 3.60. Königslutter, B. 46.—. Seebach, B. 92.—. K. 20.—. Mochbach, B. 4.20. K. 1.05. Wiesbaden, B. 92.—. Ludwigshafen, K. 4.90. Ebeltsbach-Ziegelanger, B. 21.—. K. 40.—. Brnd, B. 76.—. K. 19.—. Adorf, B. 12.—. Neustrelitz, B. 7.70. Arnstadt, B. 8.80. Stendal (Kr.), B. 2.85. Uelzen, K. 1.50. Emmertsh, B. 12.10. Burg, B. 7.30. Bernburg, B. 4.40. Iserlohn, B. 2.30. Verdingen, B. 202.16. E.—50. K. 25.—. M.—40. Düsseldorf, B. 184.—. E. 5.—. M.—80. München, —50. Niederlamsitz, B. 210.—. K. 20.—. Speyer, E. 2.50. K. 10.—. Wittweida, B. 189.—. Freiburg, B. 92.—. Fachsenbach, B. 66.—. E. 5.—. K. 10.—. Erfurt, B. 92.—. E. 2.—. K. 5.95. Dürfheim, K. 2.—. Braude, Ins. 2.10. Wesel, B. 13.75. Forst, Ins. 2.65. Breslau, B. 80.95. K. 49.30. M. 2.—. Schwarzenbach, B. 498.—. K. 20.—.

Ludwig Weß, Kassierer.

Arbeitervorstandes und erklärte die Einrichtungen deselben. Nachdem er noch zu eifrigem Besen des Fachblattes aufgefordert hatte, schloß er mit der Aufforderung an die Kollegen, dem Verbandsbeitreteten. (Lebhafte Beifall.) Eine Anzahl Kollegen erklärten sich bereit, am Samstag dem Verbandsbeitreteten. HOFFENTLICH HALTEN SIE WORT UND DENKEN AN DEN SPRUCH: Großes Werk gedeiht — nur durch Einigkeit!

Zwingenberg. Am 13. Februar fand im Gasthaus zur Bergstraße unsere Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht des Jahres 1909 bekannt. Es wurden 12 Verammlungen abgehalten. Die Fluktuation der Mitglieder war folgende: Mitgliederstand am 1. Januar 1909: 22, aufgenommen wurden 14, zugereist waren 4, abgereist sind 9, wegen rückständigen Beiträgen mußten 8 Kollegen gestrichen werden, gestorben ist ein Kollege. Bleibt ein Mitgliederstand am 1. Januar 1910 von 22 Mitgliedern. Hierauf gab der Kassierer den Kassendbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zu Punkt 2 erstattete der Vorstand Bericht von der Bezirksvorstandssitzung zu Heppenheim. Es wurde hierauf einstimmig der Beitritt unserer Zahlstelle zum Obenwaldbezirk beschlossen. Als Delegierter zur Gauhilfsversammlung wurde Kollege Joh. Fremebel gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß sich unsere Zahlstelle bei der Mafseier dem Gewerkschaftsartikel Bensheim anschließt.

Die Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe

tagte am Donnerstag und Freitag in Straßburg i. E. Sie sollte vornehmlich zu den neuen Tarifverhandlungen mit den Zentralverbänden Stellung nehmen. Aus der Generalversammlung, die von etwa 400 Delegierten besucht war, und deren strenge Vertraulichkeit durch alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln geschützt war, erfahren wir folgendes:

Die bereits bekannt gewordenen Vorschläge des Vorstandes auf Abänderung des am 31. März ablaufenden Tariffs erstrecken sich insbesondere auf den Arbeitslohn (§ 4), die Akkordarbeit (§ 5), die Agitation auf den Baustellen und den Arbeitsnachweis (§ 10). Der normale Stundenlohn soll nur mehr auf gelernter tüchtige Arbeiter treffen. Die Akkordarbeit soll möglichst ausgebeutet werden, indem die vertragschließenden Parteien sich ausdrücklich verpflichten, in diesem Punkt keinen Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben. Jede Agitation auf der Baustelle soll verboten sein, und die von den Unternehmern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sollen anerkannt und ausschließlich benutzt werden.

Am ersten Verhandlungstage befahte sich die Generalversammlung nur mit internen Angelegenheiten, am Freitag mit der Tariffrage, auf die sich alles Interesse zugespielt hat. Innerhalb des Arbeitgeberbundes war aber von vornherein Einigkeit nur wenig vorhanden, so daß der Vorstand eine Verschiebung der Beschlussfassung und weitere Verhandlung mit den Zentralverbänden der Gewerkschaften beantragte. Hierzu bewogen ihn also nur taktische Erwägungen, zunächst die Angst der Uneinigkeit in den eigenen Reihen, dann die Möglichkeit der Vermeidung eines Konfliktes und dann der Versuch, die Sympathien des Publikums nicht zu verlieren. Eine Reihe von Delegierten wollte die Entscheidung sofort herbeiführen, aber der Vorstand verhinderte die Diskussion und setzte die Annahme einer Resolution durch, wodurch die Entscheidung auf 4-5 Wochen vertagt wird. Sie soll in Dresden getroffen werden. Die Stimmung, die zum Ausdruck kam, sprach im allgemeinen aus, daß die weiteren Verhandlungen keinen Erfolg versprechen, da unbedingt Wert auf die erwähnten Abänderungen des Tariffs gelegt würde, namentlich auf die Ausdehnung der Akkordarbeit. Hierin wollen die meisten keine Nachgiebigkeit zeigen und event. die Konsequenzen tragen. Nur die schon besprochenen taktischen Erwägungen veranlassen den Ausschub.

Der Kampf im Baugewerbe — das war die allgemeine Stimmung — ist nicht zu vermeiden.

Rundschau.

Uebertritt in den Steinarbeiterverband. Die Pflastersteinarbeiter in Gommern (Bezirk Magdeburg) haben in einer Versammlung am 27. Februar beschlossen, den Uebertritt in unsern Verband zu bewerkstelligen. Es kommen rund 600 Kollegen in Frage. Die Steinarbeiter in Gommern waren bisher im Maurerverband organisiert. Ueber die abgehaltene Versammlung berichten wir in nächster Nummer.

Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1909. Das Statistische Amt der Stadt Köln macht alljährlich wertvolle Zusammenstellungen über die Bautätigkeit in größeren deutschen Städten. An der Berichterstattung hierzu sind gegenwärtig 26 Städte mit 7,5 Millionen Einwohnern beteiligt. Der seit 1904 beobachtete Rückgang der Bautätigkeit setzte sich auch infolgedessen im Jahre 1909 fort, als die Zahl der neu errichteten Wohngebäude von 5670 im Vorjahre auf 5557, also um etwas mehr als 100 sank. Zugleich stieg allerdings die Zahl der neu entstandenen Wohnungen auf 37 770 auf 38 245 oder um fast 500. Auf je 10 000 Einwohner berechnet wurden im Berichtsjahre 7,39 Wohngebäude mit 51 Wohnungen neu errichtet gegen 7,69 und 51 im Vorjahre. Dabei wurde nicht in allen Städten gleichmäßig ein Rückgang der Bautätigkeit beobachtet. 15 Städte, darunter Dresden, Hamburg, Leipzig, München, zeigten vielmehr eine erhöhte, 11, darunter Köln, Breslau, Kachen eine verminderte Bautätigkeit. Die verhältnismäßig meisten neuen Wohngebäude wurden wie gewöhnlich in Bremen mit 35,15 auf 10 000 Einwohner errichtet. Es folgt dann in weiterem Abstande Dortmund mit 14,99, Mannheim mit 13,76, Stuttgart mit 12,93, Krefeld mit 11,03 usw. Der Zahl der neu entstandenen Wohnungen nach nimmt Hamburg mit 106 Wohnungen auf 10 000 Einwohner die erste Stelle ein. Die zweite Mannheim mit 89, sodann Dortmund mit 86, Bremen mit 83, Kiel mit 81. Den niedrigsten Wohnungszugang hatte Königsberg mit 19, Mainz mit 17 und Elberfeld mit 10 pro 10 000 Einwohnern. Auch eine Zählung der leerstehenden Wohnungen wurde veranstaltet. Danach fanden sich die meisten leerstehenden Wohnungen in Altona mit 4,6 Proz. aller Wohnungen, die wenigsten in München mit 0,8 Proz. Auch Hamburg (4,3), Frankfurt a. M. (4,3), Mainz (4,1), haben noch hohe, Königsberg (0,8), Straßburg (0,9) und Halle, Krefeld (je 1,0) niedrige Prozentziffern leerstehender Wohnungen.

Ein langandauernder Kampf beendet. Der Streik der Steinarbeiter in Crausines (Belgien) ist beendet und wurde am 15. Februar die Arbeit, welche nun seit dem 27. Mai 1909 ruhte, wieder aufgenommen. Schon die Unterhandlungen im Januar brachten beide Parteien etwas näher, doch mußten die Vermittlungsversuche damals schon nach der dritten Einigungsstufung abgebrochen werden, da die Unternehmer noch hartnäckig auf ihren alten Lohnansätzen beharrten. Auf abermaliges Verlangen der Meisterchaft fanden nun in letzter Woche erneute Unterhandlungen statt. Ein Arbeitsvertrag wurde festgesetzt, der den Sieg der Arbeiterchaft bekundet. Trotzdem die Unternehmer anfangs schon beschlossen hatten, mit der Organisation der Arbeiter keine Verbindungen mehr anzuknüpfen, so haben sie nun doch die Arbeiterforderungen in einem Vertrag mit dem Zentralkomitee des Steinarbeiterverbandes abgeschlossen.

Der Kampf schien für die dortigen Steinarbeiter schon aussichtslos zu sein, weil es sehr schwer war, die Streikenden demgemäß unterstützen zu können. — Das Blatt hat sich aber dennoch zugunsten der Arbeiter gewendet.

Die Oberthürchner Sandsteinwerke haben für das verfloßene Jahr einen Ueberfluß von 39 900 Mark abgeworfen.

Proletarier, werde hart!

In der „Metallarbeiterzeitung“ schreibt darüber Egon folgendes:

Das arbeitende Volk hat sich von einer Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung gewiß keine übertriebenen Vorstellungen gemacht. Aber die Art, in der das zweimal von der Krone gegebene Versprechen eingelöst werden soll, ist nichts als eine blutige Verhöhnung jedes fortschrittlich geklärten Menschen. Die Regierungsvorlage hat für das alle Werte schaffende Volk wieder nur Steine, für das parasitische Krant- und Schlotjunkertum wieder Privilegien.

Warum eigentlich dem Junkertum seine Privilegien, die heute noch weniger als je irgendwelche Berechtigung haben, noch weiter gesichert werden? Vielleicht weil sie — wie Willow sagte — zweimal das Vaterland gerettet haben sollen? Welche Bewandnis es mit der Vaterlandsbrettung durch die Junker hat, wissen wir nicht. Aber eins wissen wir bestimmt: das preussisch-deutsche Vaterland hat die Junker tausendfältig gerettet. Es hat sie mit Privilegien ausgestattet, es hat sie mit staatlichen Einverleibungen gesichert, mit Schutzzöllen und Viebesgaben gemästet.

Der Arbeiter rettet das Vaterland jeden Tag, jede Stunde. Er hat die vielen Dummlichkeiten seiner Regierung mit Steuergrößen für den Militarismus hüben müssen, er muß die Scheiben bezahlen, die die Diplomatie einschlägt; er hat das Vaterland mit seinem Blute verteidigt, er schafft alle Werte; von seiner Arbeit leben die Regierung, der Militarismus, das Junkertum und die Priesterkaste; von seinem Schweiß mästen sich das Unternehmertum. Und für diese seine Dienste wird er gezeigelt, verhöhnt und entrechtet. Dafür wird er weit längerer politischer Rechte und gesellschaftlicher Achtung bedacht, als solche Verzweilungskapitulanten, die es gerade noch zum Militarismus gebracht haben.

Was wäre überhaupt das preussisch-deutsche Vaterland ohne seine Arbeiterschaft? Könnte mit dem Schwerten der genannten Faust der Auf eines Kulturstaates gefördert werden? Oder könnten die konstanten Niederlagen der preussisch-deutschen Diplomatie zum Aufbau nationalen Ruhmes dienen? Könnte Kultur und Fortschritt auf dem junkerlich-fendalen Schutzhausem gedeihen? Könnte die Taten der „Geistes der Nation“, der Schulenburger und der Brückewitz, der Puttkamer und der Gulenburg die Unterlage für den deutschen Ruhm bilden?

Deutschlands Kultur wird nur noch von den kräftigen Schultern seines arbeitenden Volkes getragen. Der proletarische Emanzipationskampf hat als Parallele die sittliche Regeneration des gesamten Volkes. Der glanzvolle Aufschwung der deutschen Industrie konnte nur von einer Arbeiterschaft vom Schlage der deutschen in so kurzer Zeit vollbracht werden. Nur deren Fleiß, deren Intelligenz errang die heutige Stellung auf dem Weltmarkt. Nur sie konnte, dank ihrer Eigenschaften, es dahin bringen, daß die Warenmarke: Made in Germany als Magnet wirkt und nicht mehr ist: billig und schlecht überfetzt wird. Ihre Intelligenz und berufliche Fähigkeit hat die deutsche Arbeiterschaft niemand zu verdanken als sich selbst. Sie hat sie errungen in ihrem Kampfe gegen die, die sie beherrschen und von ihrer Arbeit leben.

Man denke sich das Klassenbewußte Proletariat, die Elite des arbeitenden Volkes aus Deutschland weg, wie lange würde, zum Beispiel, die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt gehalten werden können? Wie würde es um den Ruf der deutschen Industrie stehen, wenn das Produkt des Maschinenbauers im Ausland in sonstiger Weise, wie die deutsche Staatsmannschaft? Oder können vielleicht die „Geistes der Nation“ sittliche Werte schaffen, die den Namen eines Kulturvolkes ausmachen?

Aber ist denn eigentlich der deutsche Arbeiter an der schönen Behandlung, die ihm die Angehörigen lassen, die er mit seiner Arbeit ernährt, nicht zum Teil selbst schuldig? Ist er sich seiner unvergleichlichen Verdienste, seines vollen Wertes bewußt? Trifft er den Gestalten, wie sie von der plebejischen Bierbank bis zum morrigen Eichenstamm Region sind, mit dem nötigen Selbstbewußtsein und Stolz entgegen? Vielleicht. Immerhin und jedenfalls läßt er den konsequenten Ausdruck von Selbstbewußtsein und Stolz nicht genügend sehen. Dieser Mangel wird erst außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle so recht evident.

Der deutsche Arbeiter ist ein guter Kerl, treu, uneigennützig und besonders hüßlich obendrein.

Vorerst ist der deutsche Arbeiter ein guter Kerl: Er ist so mährchenhaft gütig, wie der Schuhverkäufer, der ein Paar Stiefel bereitwillig aus den Händen gibt, sich von dem Abnehmer den Preis dafür bestimmen läßt, und dies erst nach mehrwöchigem Verschleß. Zwar gibt es einen solchen Schuhverkäufer in Wirklichkeit nicht. Aber der deutsche Arbeiter handelt wie ein solcher seinem Ausbeuter gegenüber. Im Lohnverhältnis tritt er heute noch mit Manieren und Untugenden auf, die eine patriarchalische Zeit keinen ließen. Er beginnt zu frönen, ohne seinen Lohn zu kennen. Mit andern Worten: er läßt seine einzige Ware Arbeitskraft wochen-, ja monatelang verschleßen und erwartet dann noch von der Güte des Unternehmers die Festsetzung des Preises.

Die Lungentuberkulose der Proletarier.

Im Januarheft der von Hans Delbrück herausgegebenen „Preussischen Jahrbücher“ veröffentlicht der Oberarzt der Volkshospitalklinik in Berlin, Dr. Köhler, Gedanken über die Lungentuberkulose des Arbeiters und ihre Stellung, die so ungemein wichtig sind, daß man ihnen die allergrößte Verbreitung und Beachtung wünschen muß. Seit vielen Jahren hat Köhler die an Tuberkulose erkrankten Arbeiter behandelt und in ihren Lebensverhältnissen studiert. Er kommt auf Grund seiner langjährigen Beobachtungen zu dem Ergebnis, daß es noch überaus viel zu tun gebe, ehe man wirklich von einer endgültigen Besserung im Leben der an Tuberkulose erkrankten Arbeiter sprechen könne.

Es läßt sich leider nicht bestreiten, daß ein großer Teil des Proletariats an Tuberkulose erkrankt ist, wenn auch die Ansteckungsgefahr für Gesunde bei weitem nicht so groß ist, wie man in östlicher Stimmung gern glaubt. Der häufige gekümmerte oder große Fabrikarbeiter, Arbeiter, die unter dem Verdacht der Tuberkulose stehen, nicht in ihren Dienst zu nehmen, läßt sich nicht durchführen. Nach Millionen würde sich der Verlust beziffern, den Staat und Familie erleiden müßten, wenn man erkrankte Arbeiter, die ihren Dienst noch versehen können, nicht einstellen oder kurzerhand entlassen wollte. Das einzige Mittel vielmehr, mit dem man die Krankheit ernstlich bekämpfen kann, ist die Hebung des Proletariats durch Besserung seines wirtschaftlichen und häuslichen Lebens. Auch ohne Entlassung aus der Arbeitsstelle ist der Verlust, den die wirtschaftlich Schwachen durch diese Krankheit erleiden, ein sehr großer, und daher ist mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß Unbemittelte nicht von dieser schrecklichen Krankheit ergriffen werden.

Vorbeugen — In diesem Wort liegt nach der Ansicht von Köhler das erste und wirksamste Heilmittel. Die Gedanken, die

So über alle Maßen gütig ist zum Beispiel der französische Arbeiter nicht. Dieser stellt zu allererst in höchst unabweisbarer Form die Frage: In welcher Wohnung? Ob nun die Antwort günstig oder weniger günstig ausfällt, er beginnt zu arbeiten (wenn ein anderer Weg nicht da). Aber der genannten Lohnsumme entsprechend regelt er die Ermöglicht seiner Hände: wenig Geld, wenig Mühe! Dabei bleibt er. Weder gute Worte, noch freundliche Blicke, noch warme Händebrücke vermögen eine Änderung herbeizuführen. Und eine Lohnzulage bringt wohl etwas mehr Muskelkraft auf den Altar des Kapitals, aber auf keinen Fall mehr als das dafür gegebene Äquivalent. Das Bestreben, den Kräfteaufwand in gleicher Höhe mit der Lohnrate zu halten, wird von einem — man möchte fast sagen — angeborenen Talent unterstützt.

Der deutsche Arbeiter ist auch ein uneigennütziger Kerl: Macht er eine Erfindung, oder hat er eine neue Idee, so denkt er in den meisten Fällen nicht an seinen Vorteil. Entweder fruchtlos er die Reueheit im stillen für seinen Ausbeuter, oder er überläßt sie gar oft diesem kurzerhand. Meistens aber ohne Dank, ohne klingende Anerkennung. Freiwillig, aus purer Großmütigkeit, gibt aber der millionenschwere Unternehmer in der Regel nichts als den Dinarswurf. Generels ist nur der arme Teufel von einem Arbeiter. Dafür wird er auch betrogen, wie die Geschichte von unzähligen Erfindungen besagt.

In Amerika ist der Verkehr zwischen Unternehmer und Arbeiter auf den reinen Geldstandpunkt gestellt; im Lohnverhältnis hat kein Stäubchen Sentimentalität Platz. Hat der Arbeiter irgendeine Idee, und sei sie noch so gering, er scheidet ihr den gelegentlichen Schutz. Sie dem Unternehmer schenken oder sie dessen Großmütigkeit anheimstellen, fällt ihm nicht ein. Die Folge ist eine relativ hohe Zahl von Patentanmeldungen aus Arbeiterkreisen und hohes Lob in den bürgerlichen Blättern beider Welten über die smarten, erfindenden und geschäftigen amerikanischen Arbeiter, während in Deutschland — obwohl dessen Arbeiterschaft in jeder Hinsicht mit die erste Stelle einnimmt — die Arbeiter als Heulen, Lagediebe, Faulenzer (siehe die Wahlrechtsvorlage in Preußen, Zuchthausvorlage usw.) von der Bourgeoisie und den offiziellen Maulhelden behandelt werden. Und diese Behandlung erfahren die deutschen Arbeiter für ihre Bescheidenheit und Uneigennützigkeit von denen, die im Schweiß anderer ihr Brot essen.

Der deutsche Arbeiter aber ist besonders auch ein hüßlicher Kerl: Er zieht demütig vor seinen Ausbeutern und den offiziellen Mandarinen den Hut und wünscht ihnen einen guten Tag. Wie kommt der Arbeiter dazu, die durch Grub zu ehren, die ihm stündlich Beweise geben, wie sehr sie ihn misachten? Warum sollte der Arbeiter dem einen gehen gut einen Tag wünschen, der ihm keine gute Minute gönnt, sondern ihn auf die Strafe setzt und hungern läßt, ihn entrechtet und verfolgt?

Der Herrenstandpunkt der Unternehmer wird durch solche Höflichkeit wohl kaum gemildert. Da tritt zum Beispiel der amerikanische Arbeiter seinem Vorgesetzten in der Werkstatt und auf der Straße als gleichberechtigter, stolzer Bürger gegenüber. Nebenfalls ist es nicht er, der den Hut zieht oder seinem Kravater in den Ueberzieher hilft. Und träte einmal ein Arbeiter mit der Milde in den Hand ins Fabrikbureau, er würde ganz bestimmt ein Grinshorn sein. Die Kollegen würden ihn für überpannt, für rückständig halten und der Unternehmer würde für diese Höflichkeit — ein Drittel weniger Lohn zahlen.

Diese Eigenschaften, die der deutsche Arbeiter sein Leben lang unter der Herrschaft der andern schleppt, sind so ohne Zweifel ein gesellschaftliches Verhängnis, ganz allgemein, aber dem Unternehmer, dem wirtschaftlichen Gegner gegenüber bringen sie mindestens nichts ein. Die Unternehmer nehmen diese Tugenden der Proletarier als Selbstverständlichkeiten, als ein ihnen rechtmäßig Zukommendes hin oder lassen sie als das Korrelat der Unterwürfigkeit auf und quittieren sie immer und überall mit Brutalitäten. Ganz bestimmt schwächen sie nicht die Anschauungen des Herrn im eigenen Hause. Diese Anschauungen, geworden im Dred des Absolutismus, sind heute meistens nur noch ein Produkt proletarischer Trägheit und Gutwilligkeit. Für ihre Verminderung wird ein blutiger Kampf nicht notwendig sein: der bloße Wille wird oft schon genügen.

Alles das, worauf das heutige Deutschland stolz sein kann, hat ihm sein arbeitendes Volk geschaffen, für seinen kulturellen Fortschritt hat es jahrzehntelang schwer gekämpft und für seinen industriellen Fortschritt hat seine Industriearbeiterschaft Intelligenz, Kraft, Blut und Schweiß daran gesetzt. Und dafür wird dem arbeitenden Volk politische Gleichberechtigung vorenthalten, dafür wird es von der herrschenden Gesellschaft beschimpft, verfolgt und traktiert.

Wohlan, solange man euch nicht als Gleichberechtigte anseht, vergeßt Gleiches mit Gleichem! Der herrschenden Klasse gegenüber keine Gutwilligkeit, denn diese wird euch schlecht vergolten; ihr gegenüber keine Uneigennützigkeit, denn sie quittiert sie mit dem Gegenteil; ihr gegenüber keine unangenehme Höflichkeit, denn dadurch werden ihre Herrschergefühle nur großgemacht.

Proletarier, werde stolz!

er im Anschluß daran entwickelt, sind recht beachtenswert. Vor allem bekämpft er den seiner Ansicht nach in Proletariatskreisen geübten Brauch, die jungen Menschen, die oft noch halbe Knaben sind, wahllos zu einer Arbeit zu schicken, die einige Pfennige einbringt. Man kümmere sich nicht darum, ob der Junge den Anforderungen der Arbeit auch gewachsen ist. In den besseren Gesellschaftskreisen sei das anders. Ein Mensch, der beim Sprechen schnell ermüdet, wird nicht Parier, und wer Blut und Eiter nicht sehen kann, wird sich wohl kaum für den Beruf eines Arztes entscheiden, aber der junge Proletarier wird ungefragt zu den härtesten Arbeiten geschickt, die ihn vielleicht schon nach kurzer Zeit gesundheitlich für immer geschädigt haben. Um daher die heranwachsende Proletariatsjugend vor den Gefahren eines künftigen Berufs zu schützen, ist eine unausgesetzte Überwachung vor allem durch Schulärzte nötig, eine Prophylaxe, welche von früh an die Stärkung der Widerstandskraft gegen Erkrankungen und die Erziehung des Einzelindividuum zur verständnisvollen, vernünftigen Lebensweise auf Grund der moralischen Charakterbildung, und die Anpassung der körperlichen Individuen an die Berufswahl zum Ziele hat. Es wäre aber die Annahme völlig irrig, daß Proletarier ihre Kinder aus Gedankenlosigkeit zu gesundheitsgefährlicher Arbeit ausgeben. Die bittere Not treibt sie dazu. Und deshalb ist ein gesetzliches Verbot der Kinderarbeit und eine Stärkung der Gewerkschaften zur Hebung der Lebenslage der Proletarier dringend erforderlich.

Wenn sich auch die Tuberkuloseerreger nicht so leicht ausrotten lassen, so kann der Kampf gegen die Tuberkuloseerkrankungen doch mit größerer Aussicht auf Erfolg geführt werden. Zunächst ist die heranwachsende Jugend vor geschlechtlichen Ausschweifungen und vor den Gefahren des Alkohols zu warnen, denn die Lebensbedingungen der Proletarier sind heute noch nicht so, daß ihre Kinder die Folgen eines leichteren Lebens unter Umständen ebenso schnell überwinden können wie die Kinder besserer Stände. Ist aber einmal Tuberkulose fest-

Die Steinindustrie in der Oberlausitz und die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter.

Der auf seinen Wanderungen die „gottgejegneten“ Fluren der Oberlausitz durchquert hat, hat sicherlich auch Demis besucht. Welt bekannt ist Demis durch seine große Steinindustrie, in schöner Lage an der Bahnstrecke Dresden-Görlitz gelegen. Es ist der Lausitzer Granit, der hier gewonnen wird, und zugleich der Hauptherd der Steingewinnung in der Oberlausitz. An den Bergabhängen sehen wir die Steinbrüche mit ihren gewaltigen Rampen, die es schon von weitem verraten, daß es sich hier um Gewinnung von Steinmaterial handelt. Hunderte von Arbeitern gehen bei kargem Lohn ihrer Beschäftigung nach. Mitten im Steinbruchbezirk liegen die Ortshäuser Demis und Schmölln. Die Granitgewinnung ist hier schon älteren Datums. Anfangs wurden nur Bruchsteine, die sogenannten „Sindlinge“, verarbeitet, aber in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sehen wir bereits eine regere Tätigkeit. Es bildeten sich eine Anzahl kleinerer Meister, die auch die eigentlichen Brüche aufmachten. Doch mit der Zeit verschwanden die kleinen Meister immer mehr von der Bildfläche; an ihre Stelle traten die Großindustriellen, so daß heute zwei oder drei Firmen den Ton angeben. Auch wurden die Brüche teilweise ihr Eigentum, der Kleinmeister war zwar noch Pächter. Die Oberlausitz kann als eins der größten Granitgebiete Deutschlands betrachtet werden, die Unternehmer sind äußerst konkurrenzfähig. Mit Recht bezeichnet man auch in deutschen Unternehmerrreisen die Oberlausitzer Industrien als „Preisbrücker“. Tausende Loren Steinmaterial werden von hieraus verkauft; selbst ins Ausland geht die Ausfuhr, z. B. nach Holland, Rußland, wo es zu Brücken- und Hafenanbauten usw. Verwendung findet. Dabei wird selbstredend auf eine exakte Ausführung gehalten.

Das gewaltige Ringen der modernen Arbeiterklasse zu einer Besserung ihrer wirtschaftlichen Existenz hat auch hier Stützpunkte gefunden. Leider zeigt sich, daß die hiesigen Kollegen recht altväterlich in ihrer Anschauung sind. Die hiesige Demis-Steinindustrie besteht schon über ein Jahrzehnt, doch sind in diesem Zeitraum keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen. Sind doch hier circa 1500 Steinarbeiter beschäftigt, die unter den traurigsten Verhältnissen um ihre Existenz ringen. Was in andern Granitgebieten im Fichtelgebirge, dem Odenwald und in Niederbayern möglich ist, könnte auch hier geschaffen werden. Und herrschten vor reichlich zehn Jahren in diesen Gebieten nicht dieselben Zustände? Die Unternehmer verstehen es allerdings besser, sich zu organisieren, indem sie sich der Vereinigung der Hartstein-Industriellen der Oberlausitz angeschlossen haben.

Auch kann in der Oberlausitz von geregelten Arbeits- und Lohnverhältnissen keine Rede sein. Herrscht doch hier noch das sogenannte „wilde Affordsystem“ und eine zehn- bis zwölftündige Arbeitszeit ist im Sommer noch zu verzeichnen. Es ist kein Arbeiter mehr, sondern ein „Würger“. Schon vom gesundheitlichen Standpunkte aus müßte mit der langen Arbeitszeit ausgedünnt werden. Dabei gibt es eine große Anzahl Kollegen, die nur 80 bis 900 Mark bei steter Arbeit im Jahre verdienen. Die „horrenden“ Stundenlöhne der Hilfsarbeiter betragen im Durchschnitt 24 bis 26 Pf. Auch macht sich die schlechte Durchführung der Bundesratsverordnung für die Granitsteinindustrie recht bemerkbar.

Die soziale Lage der Arbeiter ist miserabel. Selbst Frauen und Kinder müssen zum Lebensunterhalt mit beitragen. So steht man fast in jedem Hause, daß jung und alt eine emsige Tätigkeit entfalten; selbst Kinder im zartesten Alter müssen schon ihre Gesundheit dem Kapital opfern. Es ist die Heimarbeit in der Blumenindustrie, die hier ebenfalls stark vertreten ist, und wofür wahre Bettelpennige gezahlt werden.

Auch die Geschirrfrage sei erwähnt. Mühen doch die Steinmetzen, Pfisterer und Spalter das Werkzeug selber stellen und für die Schmiebeschärfe aufkommen. (Da fehlt ja bloß noch der Steinbruch, dann kann jeder ein Stück Meister spielen.) Die Kosten bezüglich der Geschirrfrage müssen den Steinarbeitern abgenommen werden. Man könnte nun denken, daß die Lebensmittel und Wohnungen auch dementsprechend billig sein würden. Aber weit gefehlt! Kostet doch eine Wohnung mit Stube und Kammer in der Regel bis 100 Mark und nur wenige Arbeiter können sich eine bessere leisten. Auch die Lebensmittelpreise können hier durchaus nicht als niedrig bezeichnet werden.

Allerdings ist der Alkoholkonsum hier stark zu Hause. Das ist tief bedauerlich. Hätten wir hier nur einen Kollegen, der die rethorischen Leistungen vollbringen könnte, wie es unser Freund Müller-Striegan bezüglich des Verdrängens des Alkoholkonsums tut.

Auch das Vereinswesen ist hier sehr im Flor. In jedem Orte haben wir 4 oder 5 bürgerliche Vereine, in denen die Steinarbeiter eine große Rolle spielen — wollen. — Ah diese

gestellt, so gehört der Erkrankte sofort in eine Heilanstalt, um dort in sachgemäßer Pflege und in aufheiternder Umgebung seiner Wiederherstellung oder wenigstens seiner Besserung leben zu können. In der Regel bleiben die der Heilstätte zugewiesenen Kranken drei Monate dort, aber wenn die Zeit auch zu einer Besserung hinreicht, so können sie im allgemeinen doch deshalb nicht vor Rückfällen geschützt werden, weil der Proletarier seine Kur nur in den seltensten Fällen wiederholen kann. Was den Angehörigen der besseren Stände möglich ist, sollte auch dem Proletarier möglich gemacht werden, denn eine einmalige Kur allein kann die sämtlichen Schäden nicht heben. In den weltberühmten Heilstätten von St. Moritz und Davos weiß man daher auch den Vorteil einer häufigen Wiederkehr erkrankter Patienten wohl zu schätzen.

Als weiteres wichtiges Moment kommt noch die Notwendigkeit hinzu, daß der aus einer Heilanstalt Entlassene sich auch nach seiner Entlassung noch schonen kann. Daher ist auf eine ständige Verbesserung der äußeren Lebensbedingungen, vor allem der Ernährung und der Wohnung, zu sehen, dann aber auch darauf, daß der entlassene Arbeiter sich nicht überanstrengt. Dieses letztere Moment ist für alle Arbeiter von höchster Bedeutung. Während jeder Beruf seine Ferien hat, weil unausgesetzte Tätigkeit die Kräfte des Körpers erschöpft, lebt man in der eigenartigen Vorstellung, daß ein Arbeiter, der von morgens bis abends seinem Körper die größten Anstrengungen zumutet, sich mit der sonntäglichen Erholung begnügen könne. Hier ist Hilfe dringend geboten. Die Zeit einer völligen Ausspannung ist im Interesse der Gesundheit des arbeitenden Volkes nicht zu gering zu bemessen, und wenigstens auf drei Wochen auszu dehnen. Die großen Kosten, die solche ausgedehnten Arbeiterferien naturgemäß nach sich ziehen, werden dann durch eine geringere Finanzkraft der Krankenkassen und der Lebensversicherungsanstalten zur Genüge wieder ausgeglichen, ganz abgesehen davon, daß ein ausgeübter und geübter Mensch andere Arbeitsleistungen verrichten kann als ein unübter; und

guten Kollegen, wie werden sie am Marzfest Herinnungsgeld in diesen Vereinen. — Dann seien noch die Wirtschaftler genannt, welche sich mit ihren Häusern wohl zum Teil als Hauswirte fühlen. Infolge ihrer besser gestellten wirtschaftlichen Lage halten sie es nicht für notwendig, sich der Organisation anzuschließen. Diese schafften Steinarbeiter schimpfen meist über unsern Verband. Auch ist der Steinarbeiter in der Gasse kein Wandervogel. Die Kollegen gehen nicht in die Fremde, andre Verhältnisse lernen sie somit nicht kennen. Eine regere Tätigkeit macht sich allerdings unter den zugereiften Kollegen bemerkbar, denen das „Eldorado Demitz“ eine bleibende Erinnerung sein wird.

Schlagen wir uns von Demitz aus seitwärts in die Wälder, so gelangen wir in die sogenannten „Wendische Lirke“. Das ist wohl der schwärzeste Winkel in ganz Sachsen. Dort haufen die Nachkommen der Wenden. Bauern ist ihr Hauptberuf. In Bauern sind gleichfalls einige Steinbrüche vorhanden. Besonders erwähnt sei noch die Firma Zachmann, die in Stiebitz einen Grünstein-Bruch besitzt. Dort kam es schon wiederholt zu Vohnindifferenzen. Die Brüche gehören meist den Großindustriellen in Demitz.

Von Bauern aufwärts gelangen wir in das sogenannte „Oberland“. Auch hier ist die Steinindustrie ziemlich stark vertreten, doch fast das Gegenteil von Demitz zeigt sich in industrieller Beziehung. Wir finden hier nur kleine zerstreut liegende Brüche. Auch hier bestehen einige Zählstellen, wie Runewalde, Ebersbach und Sebnitz. In diesem Gebiete sind speziell die Schleifereien stark vertreten, wo meist schwedisches Material verarbeitet wird. In 14 Schleifereien sind etwa 800 Mann beschäftigt, die unter den traurigsten Verhältnissen ihr Dasein fristen. Die Zählstelle Ebbau mit Oppach muß eine gute genannt werden, wir zählen dort 318 Mitglieder.

In neuerer Zeit ist es auch dem Bemühen der Ortsverwaltung in Demitz gelungen, in Bischofsberda eine Zählstelle zu gründen, desgleichen in Lautewalde; letztere ist der Zählstelle Demitz einverleibt. Die Verschmelzung mit Bischofsberda ist nur noch eine Frage der Zeit. Auch in diesen Distrikten herrschen die traurigsten Zustände.

Nun kurz noch einige Worte zur Arbeitslosenunterstützung. Was hat dies mit obigem Thema zu tun, wird sich maßer fragen. — Aber wir wollen doch vorwärts kommen, sollen denn aber die hohen Beiträge als Agitationsmittel dienen? Wir brauchen eben für unsere Hilfsarbeiter zwei niedrigere Beitragsklassen, dann sind uns auch Erfolge sicher. Hoffentlich findet auch im 3. Gau eine Konferenz statt, dann können ja den Delegierten die lauffere Zustände drastisch vor Augen geführt werden.

Gaukonferenz des 4. Gaus.

Am 20. Februar fand im Schützenhaus zu Wurzen die Gaukonferenz des 4. Gaus (Leipzig) statt. Vertreten waren 10 Zählstellen durch 28 Delegierte. Die Gauleitung war vollzählig erschienen, zwei Zählstellen waren nicht vertreten.

Ohne große Einleitungsreden zu halten, wurde die Konferenz eröffnet.

Ins Bureau wurden gewählt: Schlegel-Beucha als 1. Vorsitzender, Herrmann-Leipzig als 2. Vorsitzender, Pfeiffer-Wurzen als 1. und Nebel-Grimma als 2. Schriftführer.

Zum 1. Punkt erstattet der Gauleiter Rudäschel den Gaubericht, aus welchem zu ersehen war, daß in der Berichtszeit die Mitgliederzahl im Gau zurückgegangen ist. Die Ursache davon liegt in dem, vom früheren Beamten im Wurzenbezirk begangenen Vertrauensbruch. Eingegangen sind die Zählstellen Wittenberg und Droyßig. Die Kollegen der letzteren sind auf Grund eines Briefes, den ein Pirnaer Verbandsfunktionär nach Droyßig schrieb, aus dem Verband ausgetreten. Zur Durchführung der Bundesratsverordnung mußte der Gauleiter mehrmals bei der Gewerbeinspektion vorstellig werden. Wie die Unternehmer mit den Arbeitern umspringen, führte der Gauleiter an einem Beispiel aus, welches die Firma Günther in Beucha betrifft. Auf Anordnung des Unternehmers wurde der Preis für das Glas Bier in der Kantine erhöht. Als daraufhin die Kollegen den Biergenuss einstellen, kam der Unternehmer während der Besperpause in die Kantine, schlug mit dem Schirm auf den Tisch und erklärte: „Der morgen zum Frühstück kein Bier trinkt, wird entlassen.“ In den zum Gau gehörigen 17 Zählstellen sind 3884 Arbeiter beschäftigt, davon sind erst 804 organisiert. Die Jahresabrechnung für 1909 weist folgende Einnahmen und Ausgaben auf:

Einnahmen:	
Bestand vom 4. Quartal 1908	90.33 M.
Von der Zentralkasse erhalten	100.—
Gaubeiträge	30.35
Besondere Einnahmen	5.50
Summa:	226.18
Ausgaben:	
Stzungen	20.60 M.
Fahrtgelber	49.60
Däten	98.50
Porto	14.29
Papier, Drucksachen	29.75
Bestand für das 1. Quartal 1910	12.44
Summa:	226.18 M.

In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit dem Bericht des Gauleiters einverstanden. Die Gauleitung habe insbesondere das Bemühen gezeigt, mit wenigen Mitteln auszukommen. Schlegel-Beucha hält es für ungeschickt, daß der

Zentralvorstand der Zahlstelle Droyßig den Brief aus Pirna übermittelte hat und mißbilligt die Ausdrucksweise in demselben. Staudinger-Leipzig bedauert ebenfalls die Ausdrucksweise, findet diese aber begreiflich, da die Pirnaer Kollegen von den Droyßigern wider besseres Wissen verdrängt wurden.

Einige Kollegen monieren, daß die Verbandsleitung bei der Bewilligung der Rechtschutzgesuche nicht weitestgehend genug sei. Allerdings, wenn beim Rechtschutzgesuch schon die Garantie vorhanden sein soll, der Prozeß müsse auch gewonnen werden, so sei das doch keine Sache.

Der Vertreter von Raumburg gibt dem Zentralvorstand die Schuld, weil die dortige Zahlstelle nicht vorwärts kommt.

Die Verbandsleitung habe im Vorjahre die Sperre über Freiburg aufgehoben, die Zahlstelle Raumburg wurde nicht im geringsten gefragt. Drei zugereifte Kollegen brachten einen Brief des Zentralvorstandes mit, daß die Sperre hinfällig sei. Der Vorsitzende des Verbandsauschusses, der verstorbenen Kollege Stieglich, habe die Sache allerdings nicht gebilligt.

Herrmann-Leipzig betont, daß die Bundesratsverordnung auf den Leipziger Bahnhofsbauten erst auf Vortelligwerden bei der Gewerbeinspektion durchgeführt wurde. Bezüglich der Droyßiger Kollegen müsse er betonen, daß sich die Pirnaer im Vorjahre die größte Mühe gaben, um ihnen Arbeit zu verschaffen. Der Brief sei aber trotzdem nicht zu billigen. Auf Antrag wurde der Gauleitung einstimmig Decharge erteilt.

Zum 2. Punkt: Warum müssen wir die Hilfsarbeiter gewinnen? referierte der Vorstandsvorsteher Staudinger. Er meinte, sein Referat könne sehr kurz sein, seine Meinung habe er im „Steinarbeiter“ eingehend klargelegt. Staudinger schildert nun in interessanter Weise die Gründung und Entwicklung unseres Verbands. Die Erfolge der Jahre 1908 und 1909 hätten uns geblendet. Die eigenartige Entwicklung der großen deutschen Steinindustrie wurde nicht genügend gewürdigt. Die Gewerbe- und Berufszählung hat uns aber den Star gründlich gestochen. Auch die Streiks in der Granit- und Marmorbranche haben uns bezüglich der Hilfsarbeiterfrage wertvolle Fingerzeige gegeben. Nicht außer acht zu lassen sei die Entwicklung der Unternehmerorganisationen. Der Steinmetzmeisterverband, mit dem Sitz Berlin, hängt mit seinen Entscheidungen vielfach von den Beschlüssen der Bauarbeitgebergewaltigen ab; die Bezirksverbände der Granitindustriellen sind in ihren Dispositionen bedeutend freier. Es ist doch ganz klar, daß im Steinmetzmeisterverband in allernächster Zeit die Granitindustriellen noch größeren Einfluß gewinnen werden. Wir

Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag hat bis zum 27. März zu geschehen.

Die Anträge, welche eine Abänderung des Statuts bezwecken sollen, sind genau zu formulieren und bis zum 26. März dem Verbandsvorstand zuzusenden.

Kollegen! Nehmt also in den nächsten Versammlungen zum Verbandstag Stellung.

sehen ja, daß in der Granit- und Marmorbranche die Bildung der Aktiengesellschaften immer mehr zunimmt. Der Referent zählte die sämtlichen Aktiengesellschaften auf; er betonte, in 17 Gesellschaften mit einem Grundkapital von über 20 Millionen Mark seien wir in organisatorischer Beziehung ohne jeden Einfluß. In diesen 17 Großbetrieben seien Tausende von Arbeitern beschäftigt, es wird meist Erzeubauaterial gewonnen, aber wir haben dort keine drei Dutzend Verbandsmitglieder. Diese Darstellung erregte das größte Interesse der Delegierten. — Die Hilfsarbeiterfrage sei, so meinte Redner, heute schon völlig geklärt, wahrcheinlich kommen Beitragsklassen von 30, 40, 50 und 60 Pfg. in Vorschlag.

Redner geht dann auf die einzelnen Berufsgruppen ein und schildert insbesondere die verschiedenenartigen Produktionsmethoden. Die Zahl der ungelerten Arbeiter hat in der Steinindustrie gewaltig zugenommen. An der Lösung der Hilfsarbeiterfrage sind meistens die Gawe Striegau, Dresden, Leipzig, Hannover, Köln, Mannheim und Würzburg interessiert. Im letztgenannten Gaubezirk ständen ungeheure Arbeitermassen in der Schieferbruchindustrie. Wir können unter dieser Kategorie ohne weiteres Erfolge erzielen. Zum Schluß meinte Redner, die Erwerbslosenunterstützung habe sich für die Generalversammlung in Eisenach ohne weiteres erledigt. Der Arnoldsche Vorschlag sehe schön durchdacht aus, von der praktischen Durchführung aber könne keine Rede sein.

In der sich hier anschließenden Diskussion erklärt Herrmann-Leipzig: da sich die auf die Aufstellung der besoldeten Gauleiter gesetzten Erwartungen nicht im geringsten erfüllt haben, müsse der nächste Verbandstag eine niedere Beitragsklasse beschließen, bei der es den Minderverdienenden möglich ist, dem Verbandsbeitritt. Kretschmar-Wurzen und Rudäschel-Beucha sprechen sich ebenfalls für eine niedere Beitragsklasse aus. Herrmann-Leipzig wünscht, daß die Krankenunterstützung mehr ausgebaut wird, da dieselbe in den ländlichen Orten großen agitatorischen Wert besitzt, weil die Kollegen nicht so die Gelegenheit haben, sich den Hilfsklassen an-

anderem Sinne eine Menschheitsgeißel wie die Lungentuberkulose im Kreise der Begüterten, weil ihre rückwirkende Verknüpfung mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen sich für das Proletariat so ungemein destruktiv geltend macht.“ Darum solle man, daß auch die Lebensbedingungen der Vermögenden in einer Weise gewandelt werden, wodurch die Proletariatskrankheit zum Verschwinden gebracht wird. Gewiß, Heilstätten sind gut für die leidenden Menschen, noch besser aber ist es, die Armen so zu erziehen und ihr Leben von Jugend auf so zu gestalten, daß sie der Heilstätten nicht wie bisher bedürfen.

Worte Bebel's.

(Aus: „Die Frau und der Sozialismus“.)

Die Frau in der Gesellschaft.

Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf freie Betätigung derselben; sie ist Mensch wie der Mann, und sie soll wie er die Freiheit haben, über sich zu verfügen als ihr eigener Herr. Der Zufall, als Frau geboren worden zu sein, darf daran nichts ändern.

Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

Die Frau soll wie der Mann nützlich und gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft werden, sie soll wie der Mann alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln können und, indem sie ihre Pflichten erfüllt, auch ihre Rechte beanspruchen können. Dem Manne als freie und Gleichberechtigte, ist sie vor unwürdigen Zumutungen geschützt.

zuschließen. Zur Erwerbslosenunterstützung erklären mehrere Redner, daß dieselbe nach der Vorlage des Zentralvorstandes als abgefallen gilt. Die Tätigkeit der besoldeten Gauleiter würde vielfach überschätzt. Wir haben seit drei Jahren nicht die geringste Mitgliederzunahme zu verzeichnen. — Staudinger meinte, es sei angedeutet worden, mehrere Gauleiterposten seien einzuziehen. Nach seiner persönlichen Meinung aber geht das unter keinen Umständen, schon deshalb nicht, weil wir doch die ungelerten Arbeiter gewinnen wollen.

Zum 4. Punkt liegen Anträge von der Gauleitung und der Zahlstelle Raumburg auf Aufhebung der Gaubeiträge vor. Nach Begründung derselben durch den Gauleiter wird dementsprechend beschloffen.

Damit hatte sich die Tagesordnung der Konferenz erledigt. Die Debatte wurde äußerst sachlich geführt; kein Mißton störte die Verhandlungen. Die Berichterstatter und Debatterredner sprachen kurz und bündig und so konnte schon Punkt 6 Uhr die Konferenz geschlossen werden.

Pfeiffer, Schriftführer.

Das Krankenversicherungswesen.

Im Deutschen Reich haben wir verschiedene Arten von Krankenkassen, z. B. Orts-, Bezirks-, Hilfs-, Betriebs-, Innungs- und Knappschaftskassen. In diesen Krankenkassen sind über 12 Millionen Versicherte. Versicherungspflichtig sind Personen, deren Jahreseinkommen nicht über 2000 M. beträgt. Heimarbeiter, Hilfsboten, Gewerkschaftsangehörige sind nicht versicherungspflichtig. Sie können aber der Versicherung freiwillig beitreten. In Deutschland haben wir 23 000 Krankenkassen. Nach der Summe der Versicherten entfielen im Durchschnitt 550 Mitglieder auf je eine Kasse. Die Zahl der Ortskrankenkassen beträgt 5000 mit 6 Millionen Versicherten. Den Ortskassen ist es auch gestattet, sich zu Bezirkskassen zusammenzuschließen. Freie Hilfskassen haben wir 1425 mit 900 000 Mitgliedern. Dieselben stehen zum größten Teil unter staatlicher Kontrolle und müssen einen dementsprechenden Reservefonds anlegen. Es gibt es unter diesen natürlich auch eine Anzahl Schwindelklassen. Betriebskassen zählen wir in ganz Deutschland 800 mit einer Versichertenzahl von 3 Millionen. Zur Gründung einer Betriebskasse müssen 50 Personen vorhanden sein. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen genau eingehalten werden. Die Statuten sind den Arbeitern vorzulegen, damit sich dieselben darüber äußern können. Derartige Kassen können von der Gemeindebehörde genehmigt werden. In Wirklichkeit bedeuten die Betriebskassen eine Vereinnahmung der Arbeiter. Zum größten Teil erfolgt die Aufnahme in dieselbe nur nach ärztlicher Untersuchung; zugleich werden auch Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr aufgenommen. Wir sehen also, daß diese Kassen nur gesundes und junges Menschenmaterial haben wollen. Dies bedeutet eine doppelte Ausbeutung der Arbeiter, insofern sind derartige Kassen streng zu verwerfen. Innungskassen zählen wir 700 mit 250 000 Versicherten. Der Vorstand dieser Kassen setzt sich je aus der Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen. Das Statut ist gemeinschaftlich zu beraten; aber auch hier verstehen es die Herren Unternehmer, einen besonderen Trick auszuüben, so daß sie stets die Mehrheit haben. Weiter haben wir 207 Knappschaftskassen mit einer Mitgliederzahl von 1 500 000. Die Gemeindefrankenkassen sind rückständig. Die Unterstellungen im Krankheitsfalle sind dort sehr niedrig, so daß es zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Arbeiter, die derartigen Kassen angehören, werden deshalb gut tun, sich doppelt zu versichern. Hilfskassenmitglieder sind nicht verpflichtet, den Gemeindefrankenkassen beizutreten. Die Statuten sind in sämtlichen angeführten Kassen sehr verschiedenartig. Die Bezahlung des ersten Statuts ist unzulässig. Die Beiträge sind auch sehr verschieden. Bei verschiedenen Kassen kommt der ortsübliche Tageslohn in Betracht; es muß daher von großem Interesse sein, denselben ziemlich hoch anzusetzen, damit auch die Unterstellung etwas besser ausfällt. Wir sehen also, daß das Krankenversicherungswesen in Deutschland ein ganz verwerfliches ist. Es könnte nur zum großen Vorteil für die Arbeiter sein, wenn mehr Ordnung geschaffen würde.

Literarisches.

Soeben ist im Verlage von J. S. B. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen: Die Arbeiterklasse und der Strafrechtswort. Von Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt in Berlin. Preis der Vereinsausgabe 40 Pfg. Unsern Kollegen kann die Anschaffung dieses Büchelchens nur sehr warm empfohlen werden.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Strafrechtswortgebungen. — Herrn Lugan-Baranowsky's Marx-Kritik. Von Anton Pannekoek. — Steuerprobleme. Von J. Karst. — Wie können wir den Gefahren der ungelerten Frauarbeit entgegenwirken? Von Hulda Maurenbrecher. — Literarische Rundschau: Albert Sobel, Geographisches Handbuch. Von M. N. — Notizen: In eigener Sache. Von H. Kautsky. Budget eines ledigen Arbeiters. Von A. R. — Zeitschriftenchau.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Deutsche Konkurrenz. Herausgeber Prof. A. Reumeyer-Karlruhe. Verleger Seemann & Comp. Leipzig. Das Heft 7 enthält 8 Entwürfe zu einer Spar- und Leihbank für die Stadt Oldenburg. Insgesamt sind 175 Entwürfe eingelangt worden. Nur ein Entwurf mit dem Kennwort: Spietbüchel, verfaßt vom Architekten W. Glogner-Lübeck steht an der Fassade größere Steinmetzarbeiten vor.

Der Klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige ökonomische Entwicklung die Frau zwingt, sich zum Konkurrenten des Mannes aufzuwerfen, er weiß aber auch, daß die Frauarbeit zu verbieten ebenso unsinnig wäre wie ein Verbot der Anwendung von Maschinen, und so trachtet er danach, die Frau über ihre Stellung in der Gesellschaft aufzuklären und sie zur Mitkämpferin in dem Befreiungskampf des Proletariats gegen den Kapitalismus zu erziehen.

Eine Frau, die Kinder gebiert, leistet dem Gemeinwesen mindestens denselben Dienst wie ein Mann, der gegen einen eroberungsfüchtigen Feind Land und Herd mit seinem Leben verteidigt.

Morgendämmerung.

Die Zeit geht vorüber. Ein Kulturfortschritt wird den andern hervorrufen, die Menschheit wird sich immer neue Aufgaben stellen und wird sie zu einer Kulturentwicklung führen, die Nationalitätenhaß, Kriege, Religionsstreit und ähnliche Rückschritte nicht mehr kennt.

Die Morgendämmerung zu einem schönen Tage zieht mit Nacht herauf. Kämpfen und streben wir also immer voran, unbekümmert darum, wo und wann die Grenzpfähle für eine neue, bessere Zeit für die Menschheit eingeschlagen werden. Und fallen wir im Laufe dieses großen, die Menschen befreienden Kampfes, so treten die uns Nachfolgenden für uns ein. Wir fallen in dem Bewußtsein, unsre Schuldigkeit als Mensch getan zu haben, und in der Überzeugung, daß das Ziel erreicht wird, wie immer die dem Fortschritt der Menschheit feindlichen Mächte sich dagegen wehren und sträuben mögen.

abgespannter. Hier genügen nicht die einfachen Regeln der Therapie“, ruft Köhler aus, „hier helfen nur großzügige Reformen, Besserung der Verhältnisse nach zahlreichen Richtungen hin, und Organisation einer rechten Sozialhygiene.“ Auf die Frage der Ernährung in den Heilstätten übergehend, tadelt Köhler die Meinung derer, die dem geringen Manne in der Heilstätte keine andre Nahrung reichen wollen, als die er auch bei sich zu Hause hat. Der Arbeiter muß es besser haben als daheim, und es ist nicht einzusehen, warum sich gerade in den Arbeiterkreisen bei Erkrankungen der Speisezeitel nicht bessern soll, wo doch in jedem Bürgerhause in Krankheitsfällen die Speisen mit der größten Sorgfalt ausgewählt werden. „Darum soll der Proletarier mit Lungentuberkulose adwechslungsreich, mit Liebe, wie man zu sagen pflegt, ernährt werden.“ Zweifellos ist bei denen, die in einer solchen Weise monatelang versorgt werden, ein Mißschlag möglich, wenn sie wieder in ihre engen und beschneidenden Verhältnisse kommen. Aber bei einer entsprechenden Erziehung werden sich unter den Proletariern nicht die nervösen und häufig paralytischen Erscheinungen zeigen, die so oft bei den aus ihrem Eheitto entlassenen Juden bemerkt worden sind.

Völlig zu verwerfen ist auch der in einzelnen Heilstätten noch gelübte Arbeitszwang, um dadurch gewissermaßen die Kosten des Aufenthalts herauszuschlagen. Auch der kranke Proletarier ist davon überzeugt, daß die Arbeit eine Tat der Gesundheit, die Ruhe und Arbeitslosigkeit aber ein Recht des Kranken ist. Daher muß jede Arbeit vermieden werden, die sonst bezahlt wird. An ihre Stelle können leichte turnerische Übungen und einfache Feld- und Gartenbeschäftigungen treten, die unterhalten, aber nicht anstrengen, und vor allem in dem Kranken nicht das Empfinden hervorrufen, daß er sich seine Heilung verdienen muß. „Armut ist schlimm für Lungentuberkulose“, so schließt Köhler seinen Abriss lesend- und beherrigendwerten Aufsatz. Die Lungentuberkulose in Arbeiterkreisen ist in ganz